

PETRA-KELLY-STIFTUNG

BAYERISCHES BILDUNGSWERK FÜR DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE
IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG E.V.

Reichenbachstr. 3A λ 80469 München

Kommunalpolitik **→ mit den BürgerInnen** **→ für die BürgerInnen**

**Das Leitbild „Bürgerkommune“
und seine Umsetzung**

Seminardokumentation

Regensburg, 22. September 2001

1. Das Leitbild „Bürgerkommune“ Ein Überblick über Beteiligungsformen und –instrumente in der Kommune Dr. Lars Holtkamp

a. Wachsender Bedarf für ein Konzept Bürgerkommune

Der Begriff „Bürgerkommune“ erfreut sich seit Ende der 90er Jahre in der kommunalen Wissenschaft und Praxis wachsender Beliebtheit. Es vergeht kaum eine Sonntagsrede eines Ministerialbeamten oder eines Bürgermeisters, in der die Bürgerkommune nicht zumindest beiläufig gestreift wird. Der Begriff Bürgerkommune trifft offensichtlich auf einen wachsenden Bedarf an neuen Konzepten. Vielen in der kommunalen Praxis und Wissenschaft geht es nicht mehr nur um den vereinzelt Einsatz von Instrumenten zur Förderung von Bürgerengagement, sondern um eine grundlegende Reform des kommunalpolitischen Entscheidungssystems. Auch soll die binnenorientierte Verwaltungsreform systematisch nach außen ausgerichtet werden.

Das Problem ist nur, dass auf den Begriff „Bürgerkommune“ kein Konzept folgte. Wenn man dies mit der Erfolgsgeschichte des Begriffs „Neues Steuerungsmodell“ vergleicht, wird deutlich, dass sich beide Begriffe schnell in der kommunalen Praxis verbreiteten, aber zum großen Teil nur das Neue Steuerungsmodell in der Praxis umgesetzt wurde. Bei der Bürgerkommune fehlt es an „Bauplänen“, an denen sich die Städte bei der Umsetzung orientieren können und die für viele kommunale Praktiker das „Luftschloss“ Bürgerkommune greifbarer werden lassen.

Es hat natürlich seine Gründe, dass sich bisher noch kaum jemand an ein Konzept für die Bürgerkommune herangewagt hat. Man kann wenig auf ausländische Städte verweisen, die sich explizit als Bürgerkommune bezeichnen ließen, während beim Neuen Steuerungsmodell die Stadt Tillburg Pate stand. Mit der Bürgerkommune ist es also so ähnlich wie mit dem Ungeheuer von Loch Ness - alle reden darüber, aber noch keiner hat sie gesehen.

Wenn es also keine leuchtenden – konkret fassbaren - ausländischen Beispiele gibt, bleibt eigentlich nur der Weg, die vorhandenen Ansätze in Praxis und Literatur zu bündeln und daraus einen Konzeptentwurf für die Bürgerkommune zu zimmern. Nichts anderes haben wir an der Fernuniversität Hagen zu Beginn unseres Forschungsprojektes Bürgerkommune gemacht (Projektbeschreibung und downloads im Internet unter <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.htm>), das von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wird. Wir haben besonderen Wert darauf gelegt, nicht nur die verschiedenen Beiträge aus der kommunalen Praxis, sondern auch die Ergebnisse von wissenschaftlichen Evaluationsstudien zu einzelnen Beteiligungsinstrumenten zu berücksichtigen. So zeigte sich, dass bei

vielen Beteiligungsinstrumenten durchaus ähnliche Probleme auftraten, die v.a. auf die mangelnde Einpassung der Instrumente in den politisch-administrativen Kontext zurückgeführt wurden und immer wieder zu denselben organisatorischen Empfehlungen seitens der Wissenschaft führten.

b. Warum „Bürgerkommune“?

Im Wesentlichen sind fünf Entwicklungen für die Konjunktur der Bürgerkommune verantwortlich, die auch gleichzeitig etwas über die unterschiedlichen Zielsetzungen der Bürgerkommune aussagen.

• Der flächendeckende Einzug der direkten Demokratie

Als Erstes ist hier die bundesweite Reform der Gemeindeordnungen zu nennen. So zeigt sich bei verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen, dass bei der Direktwahl des Bürgermeisters es insbesondere für den Kandidaten wichtig ist, „bürgernah“ zu sein (Schulenburg 1999). Gerade in etwas größeren Städten kann diese Eigenschaft des amtierenden Bürgermeisters durch eine verstärkte Beteiligung der Bürger vermittelt werden. Neben der Direktwahl führen auch die Bürgerbegehren zu einem verstärkten Einsatz von dialogorientierten Verfahren. Sei es, um einen Bürgerentscheid zu verhindern (Lackner 1999) oder die polarisierte Stimmung nach einem gescheiterten Bürgerentscheid zu glätten – dialogorientierte Verfahren kommen in diesem Zusammenhang zunehmend zum Einsatz. Im Kern geht es den (regierenden) kommunalen Entscheidungsträgern um eine *höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten*, damit die Bürger von ihren zunehmenden Vetopositionen kein Gebrauch machen.

• Haushaltskrise

Seit Anfang der 90er Jahre sind viele Kommunen in eine schwere Haushaltskrise geraten, ohne dass für viele absehbar wäre, wie sie aus eigener Kraft aus der überwiegend exogen bedingten Krise herauskommen könnten (Holtkamp 2000b). Einen Ausweg aus der Finanzkrise sehen sie darin, möglichst viele Aufgaben auf die Bürger zu übertragen. Sie erhoffen sich eine *Entlastung der kommunalen Haushalte*, wenn die Bürger eigene Ressourcen einbringen, geringere Ansprüche an selbst produzierte Güter stellen und mit diesen auch pfleglicher umgehen als mit den „anonymen“ städtischen Angeboten. Die Haushaltskrise hat somit viele wichtige Impulse für die Bürgerkommune gegeben. Allerdings ist davon auszugehen, dass eine *dauerhafte* Parallelität von Haushaltskonsolidierung und Bürgerkommune zu erheblichen Motivationsproblemen bei den Mitarbeitern und Kommunalpolitikern führt und so sicherlich nicht

ein innovationsfreundliches Klima geschaffen wird. Etwas plakativer könnte man formulieren: „Finanznot macht erfinderisch - aber *ausweglose* Finanznot macht lethargisch.“ Hier zeigt sich die Mitverantwortung der höheren föderalen Ebenen bei der Umsetzung der Bürgerkommune. Die Kommunen können mit ihren Bürgern nur die Kompetenzen und Spielräume teilen, die ihnen Bund und Land gewähren (Holtkamp 2000b).

• Steuerungskrise

Eine Steuerungskrise gibt es v.a. bei den „direkten“ Steuerungsformen (Geld, Recht etc.), die die „Steuerungsadressaten“ in eine ganz bestimmte Richtung lenken wollen. Davon grundlegend zu unterscheiden sind indirekte Steuerungsformen, die lediglich die Rahmenbedingungen der Akteure verändern – also v. a. die Verfahrenssteuerung (Prittwitz 1994: S. 75). Die Bürgerkommune ist eher ein *indirektes* Steuerungskonzept, das den Bürgern optimale Beteiligungsangebote offeriert. Der Bürger ist also nicht das zu reglementierende Steuerungsobjekt, sondern ihm werden zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, sich selbst einzubringen (im Sinne von Ermöglichungsverwaltung). Zunehmend wird deutlich, dass sich mit den klassischen Steuerungsmedien (Geld und Recht) immer weniger *politische Zielsetzungen* erreichen lassen. Die Steuerung setzt dann in der Regel erst ein, wenn das jeweilige Problem nur noch schwer zu lösen ist. Die Kommune als „Reparaturbetrieb“ ist zusehends ineffektiv. Wenn man aber schon bei der Entstehung der Probleme ansetzen will, hat man als Kommune kaum direkte Steuerungskompetenzen und ist auf die Kooperation mit anderen Akteuren angewiesen. Prävention heißt somit häufig auch: Beteiligung (Holtkamp 2000a).

• Krise gesellschaftlicher Institutionen

Die Familie, die Kirche und milieugebundene Organisationen sind u. a. aufgrund zunehmender Flexibilitätserfordernisse (Sennett 2000) bzw. aufgrund des Wertewandels (Klages 1993) in die Krise geraten. Gegenseitige *Unterstützungsnetzwerke* sind somit voraussetzungsvoller geworden und müssen von vielen Menschen immer wieder neu geknüpft werden¹. Einerseits gibt es weiterhin eine große Bereitschaft anderen Menschen zu helfen und sich wenn auch in anderen Formen (anstelle lebenslangen Aufopferns für andere: befristetes projektorientiertes Engagement) gesellschaftlich zu

1 Welche Auswirkungen die nachlassenden verwandtschaftlichen Unterstützungsnetzwerke auf die kommunale Sozialpolitik haben werden, lässt sich am besten anhand der Altenpolitik verdeutlichen. Die Unterstützung in diesen Netzwerken hat erhebliche Einflüsse auf die subjektive Lebenszufriedenheit der älteren Menschen und vermeidet häufig teure stationäre Unterbringungen. Durch höhere Mobilität, rückläufige Geburtenziffern und zunehmende Frauenerwerbstätigkeit werden diese Unterstützungsnetzwerke zunehmend brüchig. Netzwerke, die hingegen nur auf Freundschaftsbeziehungen beruhen, dürften im hohen Alter, gerade bei Pflegebedürftigkeit, nicht der Einsamkeit und Heimunterbringung vorbeugen, weil sie häufig nur solange unterhalten werden, wie man sich *gegenseitig* helfen kann (Diewald 1991).

engagieren. Andererseits müssen gerade von der Kommune im Verbund mit anderen Trägern erst einmal neue Angebote geschaffen werden, die diesen neuen Motivlagen freiwillig Engagierter Rechnung tragen.

• Legitimationskrise der Demokratie

Seit Anfang der 90er Jahre wurde mit dem Begriff der Politik(er)verdrossenheit ein Problem thematisiert, das sich in Deutschland Ende der 90er Jahre noch zuspitzen sollte². Dabei handelt es sich nicht nur um eine Krise der Parteien, sondern auch die *realexistierende* Demokratie in Deutschland (im Gegensatz zum Ideal der Demokratie, Gabriel 1999) wird von den Bürgern zunehmend kritisch bis zynisch beurteilt.

Am ehesten scheinen die Kommunen dazu geeignet zu sein, im direkten Kontakt mit den Bürgern die zunehmende Distanz zwischen Bürgern und realexistierender Demokratie abzubauen, indem sie die Bürger verstärkt in die *demokratische Willensbildung einbeziehen*.

c. Konzeptentwurf Bürgerkommune

• Die Ziele der Bürgerkommune

Die Bürgerkommune hat vornehmlich fünf Ziele:

- höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz)
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung)
- Stärkung der Unterstützungsnetzwerke der Bürger (Solidarität)
- Entlastung der kommunalen Haushalte (Effizienz)
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Effektivität).

Diese Ziele werden den skizzierten Entwicklungen in den bundesdeutschen Kommunen in Abbildung 1 zugeordnet:

Ziele der Bürgerkommune in Abhängigkeit von kommunalen Entwicklungen	
Direkte Demokratie	→ Akzeptanz
Legitimationskrise	→ Demokratisierung
Krise gesell. Institutionen	→ Solidarität
Haushaltskrise	→ Effizienz
Steuerungskrise	→ Effektivität

2 Nach der Bundestagswahl 1998 sind durch die hinlänglich bekannten Skandale der CDU und bedingt auch der SPD, alle wichtigen Werte zur Zustimmung zu den Parteien und zur Demokratie weiter „in den Keller gegangen“. So konnten die Bürger 1998 der CDU zu 31% und der SPD zu 34% noch großes Vertrauen entgegenbringen. Im Jahre 2000 waren das für die CDU nur noch 8% und für die SPD 12%. 1998 hatten noch 65% der Deutschen großes Vertrauen in die Demokratie. Zwei Jahre später waren es nur noch 30% (Kielmansegg u.a. 2000).

• **Die Säulen der Bürgerkommune**

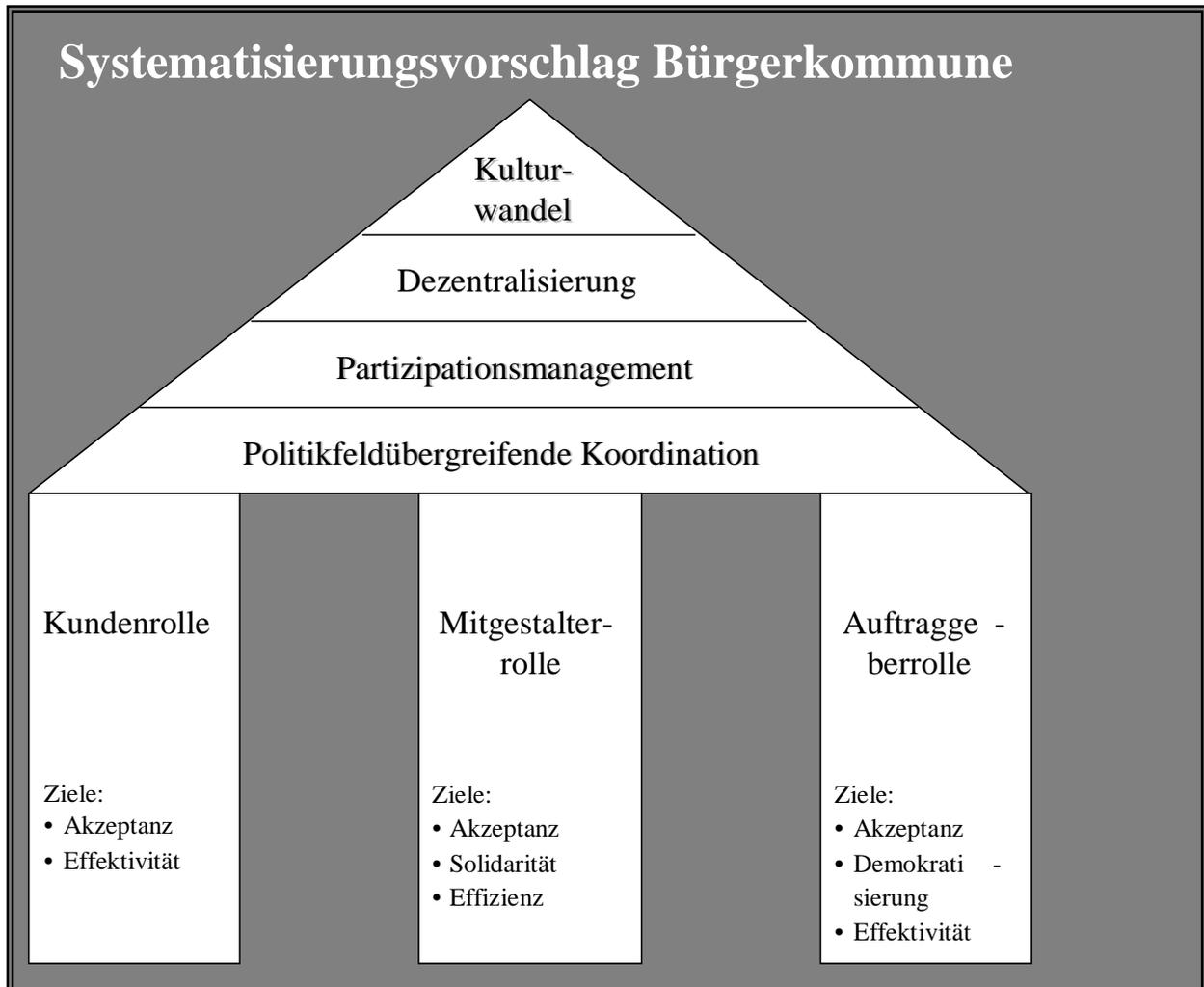
In der Bürgerkommune sollen die Kunden-, Mitgestalter- und Auftraggeberrolle der Bürger/innen gefördert werden. Die Beteiligung in der Auftraggeberrolle setzt bei der kommunalen Politikformulierung und Planung an, während die Mitgestalter- und Kundenrolle v. a. in der Phase der Politikumsetzung greift. Die Kundenrolle meint eher die passive Beurteilung des kommunalen Outputs (Kundenbefragungen, Aktives Beschwerdemanagement etc.), während unter der Mitgestalterrolle das aktive Mitproduzieren des Outputs (z. B. Pflege von Sportstätten durch Vereine) zu verstehen ist. Die Beteiligungsrollen sind im unterschiedlichen Maße dazu geeignet, die Ziele der Bürgerkommune zu realisieren (siehe Abbildung unten): Während die Mitgestalterrolle beispielsweise als einzige Rolle in starkem Maße die Effizienz (z. B. Aufgabenübertragung auf Sportvereine) und die Solidarität (z. B. Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe, soziales Ehrenamt) fördert, ist die Auftraggeberrolle in besonderem Maße dazu geeignet, die Revitalisierung der kommunalen Demokratie voranzutreiben. Anstatt die Ziele und Beteiligungsrollen der Bürgerkommune gegeneinander auszuspielen, empfiehlt sich ein Optimierungsmodell, in dem versucht wird alle Ziele der Bürgerkommune zu realisieren und die Beteiligungsrollen dementsprechend gleichberechtigt zu fördern. Die nicht selten in der kommunalen Praxis anzutreffende Fokussierung auf die Mitgestalterrolle

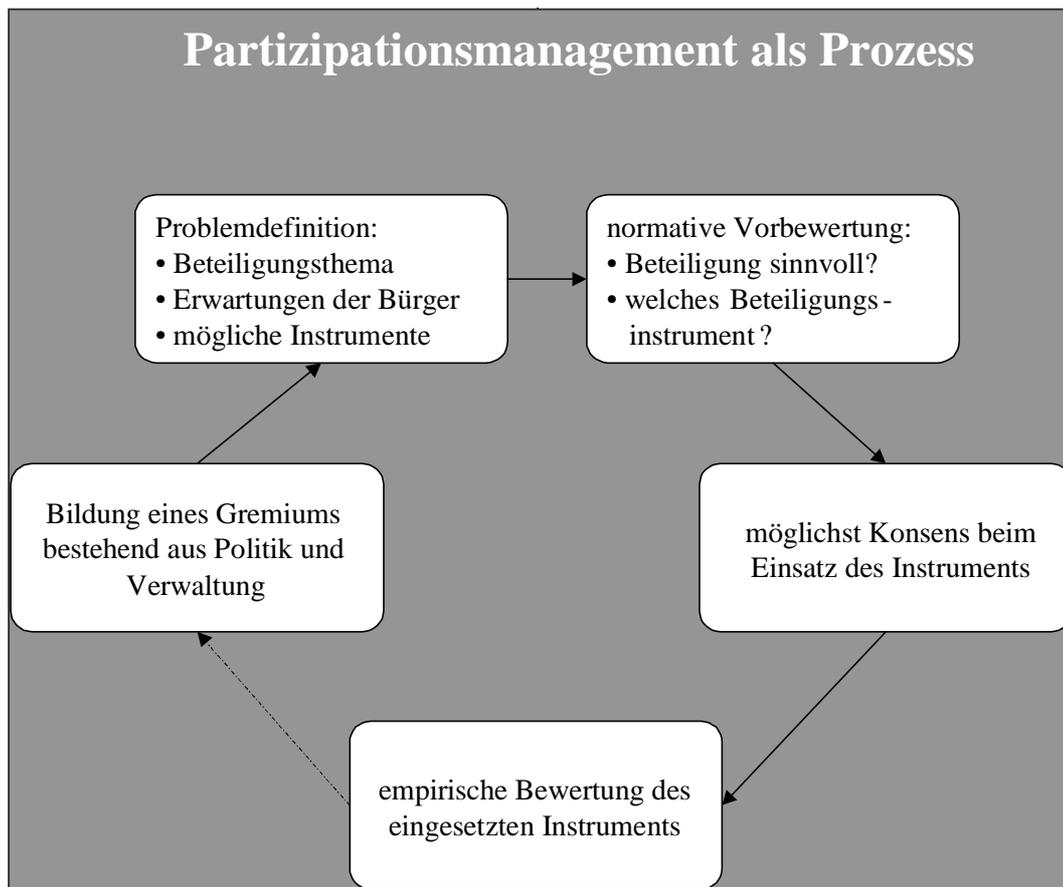
führt aus meiner Sicht in die Sackgasse. Die Bürger werden nicht schweigend ihren neuen gesellschaftlichen Pflichten nachgehen, um den kommunalen Haushalt zu sanieren. Wer mit anpackt, möchte auch mitreden. Insofern hängen Mitgestalter- und Auftraggeberrolle eng miteinander zusammen.

• **Das gemeinsame Dach der Bürgerkommune**

Neben den drei Beteiligungsrollen, die die „Säulen“ der Bürgerkommune sind, bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung des politisch-administrativen Systems, damit die Beteiligungsinstrumente für die einzelnen Rollen sinnvoll eingesetzt werden können. Dieses gemeinsame „Dach“ der Bürgerkommune besteht im Wesentlichen aus vier Bausteinen:

- Es müssen Organisationsstrukturen geschaffen werden, die eine politikfeldübergreifende Koordination der Bürgerbeteiligung ermöglichen. Die Bürger haben zumeist nur wenig Verständnis für die unterschiedlichen Ressortgrenzen und möchten, dass ihre Probleme ihrer Lebenslage entsprechend ganzheitlich behandelt werden. So kann man beispielsweise nicht als Jugendamt ein Jugendforum durchführen und dann bei Anregungen der Jugendlichen zur Förderung des Radverkehrs sich für nicht zuständig erklären. Wenn vorab keine klaren Kooperationsab-sprachen zwischen den verschiedenen Fachberei-





chen bestehen, ist die Umsetzung querschnittsübergreifender Beteiligungsergebnisse eher unwahrscheinlich. Weiterhin ist unter politikfeldübergreifender Koordination zu verstehen, dass für den sich beteiligenden Bürger nach außen hin im Idealfall (v. a. in kleineren und mittleren Städten) nur ein zentraler Ansprechpartner zuständig ist, um ihm die übliche „Ämteralley“ zu ersparen (One-Stop-Participation).

- Als Steuerungszentrum der Bürgerkommune sollten gemeinsame nicht-öffentliche³ Runden von Politik und Verwaltung für das sog. Partizipationsmanagement geschaffen werden. Häufig kann man in der kommunalen Praxis feststellen, dass relativ unreflektiert Beteiligungsinstrumente eingesetzt werden, die im Wesentlichen von dem Engagement einzelner Verwaltungsmitarbeiter abhängen. Das Partizipationsmanagement lässt sich *idealtypisch* als zirkulärer Prozess beschreiben (siehe Abbildung oben). Im Rahmen des Partizipationsmanagements sollen sich Politik und Verwaltung *vor* dem Einsatz von Beteiligungsinstrumenten zusammensetzen. In einer

ersten Phase sollte eine gemeinsame Problemdefinition vorgenommen werden. Zu klären sind hierbei Fragen, wie z. B. zu welchem Thema oder bei welcher Aufgabe sollen die Bürger beteiligt werden, was sind voraussichtlich die Erwartungshaltungen der Bürger und welche Beteiligungsinstrumente kommen prinzipiell in Frage.

In einer zweiten Phase erfolgt eine normative Voreinschätzung, in der gemeinsam darüber zu diskutieren ist, ob eine Beteiligung im konkreten Fall überhaupt sinnvoll ist und welches Beteiligungsinstrument am geeignetsten erscheint. Spätestens bei dieser Beurteilung wird deutlich, warum die Politik mit ins Boot genommen werden sollte. Hierbei handelt es sich im Kern um politische Entscheidungen, nicht zuletzt, weil die Auswahl der Beteiligungsinstrumente z. T. die Beteiligungsergebnisse präjudiziert.⁴ Zwei normative Kriterien können bei dieser Bewertung hilfreich sein: *Anstreben* eines nachhaltigen Umgangs mit Partizipationsressourcen und sozialer Ausgewogenheit.

Aus der Perspektive der *Nachhaltigkeit* ist die Beteiligung von Bürgern nicht per se ein anstrebens-

3 Die Nicht-Öffentlichkeit der Diskussion ist im Regelfall angebracht, weil gerade die Analyse von Schwächen der Beteiligungsmodelle in der Öffentlichkeit häufig als unzumutbare Kritik an den beteiligten und engagierten Bürgern ausgelegt werden kann (kritische Nachfragen zur Methodik können so zur für Kommunalpolitiker nicht opportunen „Publikumsbeschimpfung“ werden) und weil im Rahmen des Partizipationsmanagements ein interfraktioneller Konsens anzustreben ist, über den nur schwerlich im Beisein der Presse verhandelt werden kann.

4 Ein umsichtiges Partizipationsmanagement unter Beteiligung der Fraktionen ist die Voraussetzung dafür, den Kompetenzverlust des Rates im Rahmen der Bürgerkommune begrenzen zu können. Die frühzeitige Beteiligung des Rates am Partizipationsmanagement stellt z. T. auch sicher, dass nicht der direktgewählte Bürgermeister durch die Auswahl von Instrumenten und andere Einflussnahmen den Bürgern indirekt „seine Worte in den Mund legt“ und den Rat damit unter Zugzwang setzt.

wertes Gut, sondern erst dann, wenn die Beteiligungsangebote nach Möglichkeit so konzipiert sind, dass sie die Bereitschaft der Bürger zur Teilnahme an zukünftigen Beteiligungsangeboten stärkt. Das bedeutet, dass man sich vor dem Einsatz von Beteiligungsinstrumenten v. a. überlegen sollte, ob *prinzipiell* mit der Umsetzung von Beteiligungsergebnissen zu rechnen ist, die den Bürger auch zukünftig zur Partizipation motivieren könnte. Hier sind v.a. die Bedürfnisse der Bürger, die unter dem Stichwort Wertewandel diskutiert werden (befristetes und projektorientiertes Engagement), zu berücksichtigen. Es hängt vielfach vom Thema ab, ob eine intensive Beteiligung der Bürger überhaupt durchgeführt werden sollte. Zu abstrakte oder zu konfliktreiche Themen oder Aufgaben, bei denen nur ein geringer kommunaler Handlungsspielraum besteht, sind nach diesem Kriterium häufig eher nicht für eine intensive Bürgerbeteiligung geeignet (Holtkamp 2000a).

Das zweite Kriterium, die *soziale Ausgewogenheit*, spielt weniger bei der Beurteilung, ob Bürgerbeteiligung im konkreten Fall Sinn macht, eine Rolle, sondern bei der Auswahl der Beteiligungsinstrumente. Die *starke* Mittelschichtdominanz bei den Beteiligungsinstrumenten in allen drei Beteiligungsrollen ist kein unumstößliches soziales Gesetz, sondern hängt maßgeblich von der Wahl der Beteiligungsinstrumente ab. Nur führt der häufig relativ unreflektierte Einsatz von Beteiligungsinstrumenten dazu, dass diese prinzipiell für alle offen sind, mit der Konsequenz, dass nur die „üblichen Verdächtigen“ teilnehmen. An Stelle dieser Angebote sind Beteiligungsinstrumente vermehrt auf bestimmte Zielgruppen zuzuschneiden, um *auch* andere soziale Kreise zu erreichen oder Beteiligungsinstrumente anzuwenden, die auf einer repräsentativen Stichprobe basieren (Planungszelle, Bürgerbefragung etc.).

Am Ende des gemeinsamen Diskussionsprozesses zwischen Politik und Verwaltung sollte möglichst eine konsensuale Entscheidung für den Einsatz eines ausgewählten Beteiligungsinstrumentes stehen. Dieser Konsens zwischen allen Fraktionen und der Verwaltung ist von entscheidender Bedeutung, um die Kontinuität von Teilnahmeverfahren, die spätere Umsetzung von Beteiligungsergebnissen und eine positive Presseberichterstattung zu gewährleisten.

Nach dem Einsatz des Beteiligungsinstrumentes sollte eine empirische Bewertung stattfinden⁵. Gerade die Fehler und Probleme, die im Laufe eines Teilnahmeverfahrens auftreten, wären im Rahmen des Partizipationsmanagements zu dokumentieren, weil man aus ihnen nicht selten mehr lernen kann als aus Beispielen, in denen alles glatt gelaufen ist.

Nach außen sollte v. a. vermittelt werden, was von den Beteiligungsergebnissen umgesetzt wurde und warum bestimmte Ergebnisse nicht umsetzbar wa-

ren. Die Erfahrungen mit dem Beteiligungsinstrument fließen schließlich wieder bei den Vorberatungen zum nächsten Beteiligungsprozess ein.

- Der dritte Baustein ist die Delegation von Verantwortung auf Stadtteile, dezentrale Einrichtungen und Bürgergruppen bei dementsprechender kommunaler Rahmensteuerung (Dezentralisierung). Die Delegation führt einerseits zu erhöhten Anreizen der Bürger, sich an der Planung und Umsetzung lokaler Politik zu beteiligen. Andererseits ist die politikfeldübergreifende Koordination auf gesamtstädtischer Ebene wahrzunehmen, was darauf verweist, dass ein neue Balance zwischen zentraler Steuerung und dezentralen Handlungsspielräumen zu finden ist.
- Der vierte „Baustein“ ist der umfassende Kulturwandel, der als kollektiver Lernprozess dazu führen soll, dass die kommunalen Entscheidungsträger von sich aus auf die Bürger zugehen und die Beteiligung der Bürger eher als Bereicherung denn als Beschneidung ihrer Kompetenzen und Gefährdung eingespielter Routinen empfinden. Kein Beteiligungskonzept, keine Dienstanweisung kann bewirken, dass die Bürgerkommune von den beteiligten Akteuren auch entsprechend umgesetzt wird. Kooperative Verhaltensweisen, wie z. B. die frühzeitige umfassende Information der Bürger über wichtige kommunale Planungsvorhaben, lassen sich nicht anordnen, sondern kommen nur zustande, wenn die Akteure von diesen Verhaltensweisen überzeugt sind.

d. Beteiligungsinstrumente für die Auftraggeber- und Kundenrolle

Für die Bürgerbeteiligung kann man im wesentlichen drei allgemeine Ziele identifizieren (Holtkamp / Stach 1995: S. 120):

- höhere Analysekapazität, d. h. in die Planung können mehr relevante Informationen (z. B. über die Bedürfnisse der Bürger) eingehen und Planer und Bürger können gegenseitig voneinander lernen,
- bessere Politikergebnisse
- und höhere Akzeptanz der Planung.

Diese Ziele sind nicht voneinander unabhängig. Die höhere Analysekapazität kann zu besseren Politikergebnissen führen, und diese können wiederum die Akzeptanz der Planung fördern. Zu häufig noch wird Bürgerbeteiligung als vordergründige Akzeptanzbeschaffung für bereits getroffene Entscheidungen eingesetzt, ohne die Folgen für die Partizipationsbereitschaft der Bürger und für die tatsächliche Akzeptanz der Planung zu hinterfragen. Gerade für den nachhaltigen Umgang mit Partizipationsressourcen ist es von zentraler Bedeutung, dass sich für die Planungsbeteiligten über die symbolische Mitwirkung hinaus eine reale Verbesserung der Politikergebnisse ergibt.

Diese Ziele der Bürgerbeteiligung lassen sich vor allem durch drei Verfahrensgrundsätze realisieren:

- Bürgerbeteiligung sollte einen Dialog zwischen Bürgern einerseits und Verwaltung und Politik anderer-

5 Hierfür hat sich teilweise der Begriff „Demokratieberichterstattung“ etabliert, die einen Überblick über einzelne Förderinstrumente für Bürgerengagement in der jeweiligen Stadt geben will und insbesondere zu einem Lernprozess führen soll.

seits ermöglichen (durch Moderation, Gespräche in kleineren Gruppen, Abbau von Informationsungleichgewichten und Ergebnisoffenheit des Verfahrens).

- Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sollten in relativ starkem Maße für Politik und Verwaltung verbindlich sein (Ohlemacher 1991: S. 54).
- Es ist auf eine gesellschaftlich repräsentative Bürgerbeteiligung hinzuwirken.

Der Verfahrensgrundsatz der Dialogorientierung stellt nicht nur hohe Ansprüche an die Politik und die Verwaltung, sondern auch an die Bürger. Die Bürger „müssen“ bei einem solchen Dialog in der Regel einige Abende an der Diskussion aktiv teilnehmen. Wenn die Bürger nicht von ihren sonstigen Verpflichtungen (Erwerbsarbeit, Hausarbeit etc.) freigestellt werden, was mit erheblichen finanziellen Aufwand verbunden wäre, müssen sie auf sonstige Freizeitaktivitäten verzichten. Dies führt in der Regel zu sehr hohen Erwartungen der Teilnehmer gegenüber den Ergebnissen von dialogorientierten Verfahren.

Die Verfahrensgrundsätze verstärken sich teilweise gegenseitig. So geht z. B. die repräsentative Beteiligung häufig mit einer höheren Verbindlichkeit einher, weil die Beteiligungsergebnisse in Öffentlichkeit und Politik eher anerkannt werden, da nicht nur die üblichen „Beteiligungspromis“ sich zu Wort gemeldet haben. Die Dialogorientierung kann ebenfalls zu einer höheren Verbindlichkeit führen, weil die Bürger so sehr differenziert ihre Meinung sagen und konkrete Forderungen stellen können. Dadurch verringert sich die Definitionsmacht der Verwaltung. So ist die Verwaltung bei nicht dialogorientierten Verfahren, wie beispielsweise bei der standardisierten Kunden- und Bürgerbefragung, Herr „über das Verfahren durch die Formulierung von Fragen ebenso wie durch die Nutzung von Interpretationsspielräumen und die relative Beliebigkeit der Verwendung der Ergebnisse“ (Oppen 1997: S. 259).

In der folgenden Tabelle sind die möglichen Beteiligungsinstrumente den verschiedenen Beteiligungsformen zugeordnet:

	punktueller Beteiligung	dauerhafte Beteiligung
dialog orientiert	Bürgerforen Kundenforen Planungszellen Mediationsverfahren	Einwohnerbeiräte Kundenbeiräte institutionalisierte Verbändebeteiligung Vertreter von gesamtstädtischen Interessenorganisationen in Fachausschüssen
nicht dialog orientiert	Bürgerversammlungen Bürgerbefragungen Kundenbefragungen qualitative Interviews / Focusgruppen	turnusmäßige Kunden- und Bürgerbefragungen aktives Beschwerdemanagement

Viele Beteiligungsverfahren kommen dem Bedürfnis der Bürger entgegen, sich nur kurzfristig und projektorientiert zu engagieren und sind deswegen nicht so fest institutionalisiert wie viele Beiräte, die eher für eine kontinuierliche Mitarbeit konzipiert wurden. Dies führt häufig dazu, dass man sich erst nach der Durchführung dieser Verfahren Gedanken macht, wie man die Beteiligungsergebnisse in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen will.

Um eine höhere Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligungsergebnissen für Politik und Verwaltung zu erreichen, sollte aber das kommunalpolitische Umfeld möglichst frühzeitig auf das Bürgerbeteiligungsverfahren abgestimmt werden:

- Bürgerbeteiligungsverfahren sollten möglichst frühzeitig im Planungsprozess einsetzen, weil in der Anfangsphase die Planung noch am ehesten durch die Bürger verändert werden kann⁶ (Windhoff-Heritier / Gabriel 1983), und die Verwaltung sollte von sich aus alle planungsrelevanten Informationen an die Bürger weitergeben.
- Parallel zur Bürgerbeteiligung sollten Politik und Verwaltung soweit wie möglich darauf verzichten, wichtige Beschlüsse in beteiligungsrelevanten Fragen zu fällen.
- Bevor die Bürgerbeteiligung einsetzt, sollte die Kommunalpolitik sich im Idealfall bereit erklären, finanzielle Ressourcen für die Umsetzung der Bürgerbeteiligungsergebnisse bereitzustellen. Auch wenn dies angesichts der schweren kommunalen Haushaltskrise sicherlich häufig keine großen Etatposten sein können, so führt die Auseinandersetzung um diese Haushaltsmittel doch dazu, dass die Kommunalpolitiker nicht „aus allen Wolken fallen“ können, wenn die Bürger mit konkreten Forderungen auf sie zukommen.
- Vorab sollte bereits geklärt werden, wann und wie sich der Rat und die Verwaltung mit der Beratung und Umsetzung der Beteiligungsergebnisse beschäftigen (Klie u.a. 1998: S. 133). Hierbei sollte insbesondere darauf Wert gelegt werden, dass die Beteiligungsergebnisse öffentlichkeitswirksam präsentiert werden und sich der Rat und die Verwaltung öffentlich zu diesen Vorschlägen verhalten müssen. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, dass Partizipation häufig eine Querschnittsaufgabe ist und deswegen teilweise durch Arbeitsgruppen in Politik und

⁶ Hiergegen wurde teilweise zu Recht eingewendet, dass die Bürger sich häufig erst für konkrete Planungswerke interessieren, aus denen bereits ihre individuelle Be- oder Entlastung hervorgeht (Reinert / Sinning 1997: S. 144). Häufig wird dieses Argument aber auch verwendet, um andere Ursachen für relativ späte Bürgerbeteiligung zu vernachlässigen. Es ist nämlich nicht selten so, dass die Verwaltungen versuchen, die Entscheidungen ohne Beteiligung zu treffen und die Bürger zu „übrumpeln“. Erst der vehemente Protest der Bürger führt dann zu der späten „Einsicht“, dass die Bürger doch besser beteiligt werden sollten (Holtkamp / Stach 1995).

Verwaltung festgelegt werden sollte, wie die Beteiligungsergebnisse in der arbeitsteiligen und überwiegend sektoral zugeschnittenen Verwaltungs- und Ausschussstruktur beraten und umgesetzt werden können. Weiterhin kann es förderlich sein, die Kommunalpolitiker bei der Bürgerbeteiligung miteinzu binden (ebd.), wenn sie sich eher mit einem Zuhörerstatus zufrieden geben.

- Der Implementationsprozess sollte für die Bürger transparent gestaltet werden. So kann man beispielsweise vorher festlegen, dass ein Jahr nach der Beendigung eines Partizipationsprojektes eine Podiumsdiskussion mit den Vertretern der verschiedenen Fraktionen über den Umsetzungsstand der Beteiligungsergebnisse stattfindet. Einerseits könnte den Bürgern so klar werden, dass im Idealfall ihr Engagement sich ausgezahlt hat (siehe Ziel: bessere Politikergebnisse). Andererseits besteht für die Kommunalpolitik wirklich ein Anreiz einen Teil der Bürgerwünsche umzusetzen, damit man bei einer solchen Podiumsdiskussion nicht mit „leeren Händen“ vor den Bürgern steht.

Kommunalen Entscheidungsträger neigen häufig dazu Bürger eher an Planungsprojekten zu beteiligen, die relativ großräumig und die zumindest bei der konkreten Ausführung umstritten sind. Sie verweisen dabei häufig auf die Haushaltsmittel, die durch anspruchsvolle Beteiligungsverfahren gebunden werden und dass dementsprechend von diesen Beteiligungsverfahren für die Stadtplanung entscheidende Impulse ausgehen müssten. Berücksichtigt man allerdings die Experten honorare bei

der räumlichen Planung (Architektenhonorare etc.), wird schnell klar, dass die Beteiligung von Bürgern als „Planungsexperten“ verhältnismäßig kostengünstig ist und dementsprechend keine allzu hohen Ansprüche an die Themen von Beteiligungsverfahren zu stellen sind.

Unter Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit auch für Partizipationsressourcen kommt eine allzu abstrakte Planung und ein zu hohes Konfliktniveau nicht in Frage. Die Bürger müssen relativ zügig Umsetzungserfolge (siehe Ziel: bessere Politikergebnisse) sehen, um davon überzeugt zu sein, dass sich der relativ hohe zeitliche Aufwand gerade bei dialogorientierten Verfahren gelohnt hat. Dies ist in der Regel nicht der Fall, wenn die Themen dauerhaft zu abstrakt sind (Schneider 1997) oder es zu keiner Einigung zwischen den Konfliktparteien kommt, weil bestimmte Probleme (v. a. Standortkonflikte) in der Bundesrepublik Deutschland so gut wie nicht verhandelbar sind (Jansen 1997). Insgesamt kann man also davon ausgehen, dass Planungsprojekte mit einem geringen und mittleren Konflikt- und Abstraktionsniveau am besten für den Einsatz von anspruchsvollen Bürgerbeteiligungsmodellen geeignet sind. Weiterhin sollten bei der Planung genügend rechtliche Handlungsspielräume für die Kommunen bestehen (oder auch Handlungsressourcen der Bürger in Form von Bürgerengagement) (Bogumil/Holtkamp 1999), um unterschiedliche Szenarien realisieren zu können.

Die Probleme und Potenziale der einzelnen Beteiligungsinstrumente können so zusammengefasst werden:

	dialogorientierte Beteiligung	dauerhafte Beteiligung
Potenziale	höhere Analysequalität gegenseitige Lernprozesse Bürger können differenziert ihre Meinung sagen, dadurch geringere Definitionsmacht der Verwaltung gute Motivationsmöglichkeit für die Mitgestalterrolle	dauerhafte Beteiligungsmöglichkeit, ohne vom aktuellen Beteiligungswillen der Entscheidungsträger abhängig zu sein ermöglicht die intensive und kritische Begleitung der Umsetzung von Beteiligungsergebnissen durch die Bürger häufig besser an die Entscheidungsträger angebunden
Probleme	nur wenige Bürger können gleichzeitig beteiligt werden. hohe Erwartungen der Bürger an die Umsetzung von Beteiligungsergebnissen	Probleme bei der Motivation zur dauerhaften Mitarbeit an dialogorientierten Verfahren z.T. relativ hohe Kosten bestehen fort – unabhängig vom Bedarf und von aktuellen Umsetzungsmöglichkeiten der Beteiligungswünsche (= unübersichtliches „Beiratsunwesen“)

2. Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen Dialogorientierte Beteiligungsverfahren, Runde Tische, Planungszellen - das Beispiel Regensburg Hans-Joachim Pfeiff

Zu unterscheiden sind die gesetzlich normierten Verfahren, wie sie im Baurecht vorgesehen sind (vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und Auslegung nach § 3 (2) BauGB) von den sog. konsensorientierten Verfahren. Dazu gehören:

- Mediationsverfahren
- Moderationsverfahren
- Zukunftskonferenz
- Zukunftswerkstatt
- Planungszelle.

Die Proteste in den siebziger Jahren gegen die mangelnde Beteiligung der Bürger/innen an wichtigen Planungsvorhaben (beispielhaft: Flächensanierungen im Frankfurter Westend) führten zu einer Änderung des Baurechts und zur Einführung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung im BauGB, um die Bürger/innen „möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sich wesentlich unterscheidende Lösungen (...) und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten“. Aber auch in dieser vorzeitigen Bürgerbeteiligung („klassische“ Form: Bürgerinformation mit schon weitgehend fertigen Plänen) werden die Betroffenen sehr oft mit kaum veränderbaren Planungen konfrontiert. Auch hier fühlen sich die Bürger oft „über den Tisch gezogen“. Die vorgezogene Bürgerbeteiligung hat also nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, für einen Konsens bei Planungen zu sorgen. Da seit der Einführung des Bürgerbegehrens/-entscheids auf kommunaler Ebene zudem ein handhabbares Instrument zur Verfügung steht, mit dem sich Betroffene gegen unerwünschte Planungen wehren können, gibt es einen zusätzlichen Zwang, eher auf konsensorientierte Verfahren zu setzen.

a. Konsensorientierte Verfahren⁷

Beim Mediationsverfahren suchen alle Betroffenen eines Konflikts unter Anleitung eines ergebnisorientierten allparteilichen Dritten in einem fairen Verhandlungsverfahren nach einer gemeinsam getragenen Lösung. Wichtig dabei sind folgende Kriterien:

- Berücksichtigung aller Interessen und Bedürfnisse
- Reduktion von Konfliktpotential, Deeskalation
- Herstellen von „win-win“-Situationen
- sachliche Auseinandersetzung
- Transparenz des Verfahrens
- soziales Lernen

Beim Moderationsverfahren versucht ein streng verfahrensorientierter Moderator zwischen allen Beteiligten eines Konflikts einen sachgerechten Ausgleich zu erzielen. Der Moderator gibt Hilfestellungen, nutzt gruppenspezifische Erfahrungen und entschärft frühzeitig Konflikte zwischen den Teilnehmenden. Das Moderationsverfahren kommt häufig in Workshops oder bei Runden Tischen zum Einsatz, an denen nicht mehr als max. 25 Personen teilnehmen sollten. Fachleute können als Berater hinzugezogen werden. Wichtig für den Erfolg des Verfahrens ist eine sorgfältige Vorbereitung und begleitende Information.

In der Zukunftskonferenz erarbeitet eine größere heterogene Gruppe (empfohlen: 64 Teilnehmende) aus unterschiedlichen Bereichen in drei Tagen einen Konsens über die lokalen Eckpfeiler einer wünschenswerten Zukunft. Bestandteile sind dabei:

- Analyse der Historie einer Stadt/Region
- Herausarbeiten von aktuellen Trends
- Entwicklung einer „idealen“ Zukunft
- Herausarbeitung eines Konsenses
- Erarbeitung eines Entwicklungsplans

In der Zukunftswerkstatt arbeiten Bürger/innen unter Anleitung eines Verfahrensmittlers, der keine inhaltliche Kompetenz hat, zwei bis drei Tage an den ökologischen und sozialen Problemen zwecks Zukunftsgestaltung mit. Die einzelnen Phasen der Zukunftswerkstatt sind:

- Kritikphase zur Aufdeckung von Missständen
- Phantasiephase zum Entwurf idealer Zustände
- Verwirklichungsphase zur Diskussion der Umsetzungsmöglichkeiten

In der Planungszelle erarbeiten maximal 25 zufällig ausgewählte Bürger/innen innerhalb einer Woche gemeinsame Lösungswege für ein Problem. Wesentliche Elemente für den Erfolg einer Planungszelle sind:

- Freistellung der Teilnehmer/innen von beruflichen Pflichten
- Entscheidungshilfe für die gewählten Gremien durch ein Bürgergutachten als Ergebnis der Planungszelle
- Zuziehung von Expertenwissen möglich
- strenge Neutralität (keine „Vorbelastung“ durch Verbandsinteressen etc.)
- professionelle Moderation

b. Beteiligungsverfahren in Regensburg

In Regensburg wurden folgende Planungsvorhaben im Rahmen von konsensorientierten Verfahren behandelt:

⁷ Für den Erfolg konsensorientierter Verfahren ist eine professionelle Moderation und Durchführung von großer Bedeutung. In der Anlage findet sich eine Referenzliste mit in Frage kommenden Büros.

- Verkehrsentwicklungsplan 95 - Mediationsverfahren
- Verbindung Hauptbahnhof – Maximilianstraße (2000) – dialogorientiertes Beteiligungsverfahren
- Kultur- und Kongresszentrum (2000/01) – Runder Tisch
- Unterer Wöhrd (2000/01) - dialogorientiertes Beteiligungsverfahren (Details dazu im Internet unter www.regensburg.de/aktuelles/planungsdialog/index.htm)
- Hochwasserschutz (2000/01) – Runder Tisch
- Regensburgplan 2000 (2001) - Planungszellen
- Die Regensburger Stadt-Fluss-Landschaft (2001) - Zukunftswerkstatt

„Hauptbahnhof – Maximilianstraße“

Bei diesem Beteiligungsverfahren ging es um die Neugestaltung und Attraktivierung der Zwischenzone vom Hauptbahnhof zur Altstadt als Esplanade. Ziel des Verfahrens war es, eine vertiefte Information der Bürger/-innen über einen vorab durchgeführten Wettbewerb und v.a. über den 1. Preis dieses Wettbewerbs. Am Verfahren waren Moderatorinnen, Bürger/innen, Fachleute und die Planverfasser beteiligt. Die Entscheidung verblieb beim Stadtrat auf der Basis einer im Verfahren erarbeiteten Empfehlung. Das dialogische Beteiligungsverfahren war für Interessierte offen. Es wurde in thematischen Arbeitskreisen mit wechselnden Teilnehmer/innen durchgeführt und dauerte ca. ein halbes Jahr. Die Gesamtkosten betragen 90.000 DM, davon 50.000 DM für Honorare.

Kultur- und Kongresshalle

Ziel dieses Beteiligungsverfahrens war es, die seit Jahren andauernden Auseinandersetzungen um den Standort einer K+K-Halle zu beenden und zu einem allseits akzeptierten Standortvorschlag zu kommen. Als Form dieses Beteiligungsverfahrens wurde eine „geschlossener“ Runder Tisch gewählt. Die Teilnehmenden wurden gezielt ausgewählt, allerdings war die Teilnahme freiwillig. Neben den Vertreter/innen der beteiligten Organisationen und Interessengruppen aus allen denkbaren Bereichen saßen auch zwei „Ombudsleute“ als Vertreter/in der sonstigen Bürger/innen mit am Runden Tisch (genauen Zusammensetzung: siehe Anlage). Daneben gab es einen Infotreff für alle Bürger/innen im Internet konnten Informationen zum verfahren abgerufen werden und der Sprecherrat des Runden Tisches gab ein Medieninfo heraus. Das Beteiligungsverfahren, das ohne die abschließende Entscheidungsphase ca. ein Jahr dauerte, lief nach einer Auftaktveranstaltung in sieben thematischen Sitzungen bzw. Workshops ab. Nach einer Abschlussveranstaltung gab der Runde Tisch eine Empfehlung ab, auf deren Grundlage der Stadtrat seine Entscheidung zu treffen hatte. Die Gesamtkosten des Verfahrens beliefen sich auf 300.000 DM, davon 150.000 DM für Honorare.

Das ausdrückliche Ziel des Runden Tisches – die Herstellung eines Konsenses über einen möglichen Standort der K+K-Halle – konnte nicht erreicht werden. Die

Konflikte um einzelne Standorte und deren Vor- und Nachteile konnten nicht ausgeräumt werden. Die Empfehlung des Runden Tisches war deshalb nur eine Prioritätenliste der einzelnen Standorte, die in einem Abstimmungsverfahren festgelegt wurde. Die Stimmverhältnisse zu den einzelnen Standorten – auch den in der Prioritätenliste enthaltenen - zeigen deutlich, dass diese immer noch heftig umstritten sind.

Planungszellen „Stadtentwicklungsplan“

Die Erstellung von Bürgergutachten mittels Planungszellen ist ein Verfahren partizipativer Politikberatung. Es ermöglicht Bürgern, ihre Meinung konstruktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Das Verfahren wurde Anfang der 70er Jahre von Prof. Dr. Peter C. Dienel an der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal entwickelt und seither vielfach eingesetzt. Im Zuge seiner Weiterentwicklung wurde es in seinem Ablauf weitgehend standardisiert und hinsichtlich seiner Güte kontinuierlich verbessert. Mit dem Begriff der Planungszelle sind heute - im Gegensatz zu anderen Formen der Bürgerbeteiligung - exakt definierte Verfahrensmerkmale verbunden, die das unbeeinflusste und objektive Zustandekommen der Ergebnisse sicherstellen:

- vorgegebene Problemstellung
- zufällig ausgewählte Teilnehmer/innen
- Teilnahme wird vergütet
- Teilnehmer/innen werden freigestellt
- strukturierter Prozessablauf
- Einbezug wichtiger Interessengruppen
- Erhebung aller Ergebnisse

Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisauswertung der Planungszellen sollten in den Händen eines neutralen Durchführungsträgers liegen, der die Auswahl der Bürgergutachter, die Operationalisierung des gestellten Problems im Programm sowie die Aufbereitung und Formulierung der Ergebnisse unabhängig vom Auftraggeber vornimmt.

Ein konstituierendes Element der Planungszelle ist die Zufallsauswahl der Beteiligten. Eine Planungszelle besteht aus 25 Bürgern. Diese werden im Zufallsverfahren als Bürgergutachter aus der Grundgesamtheit aller gemeldeten Personen einer Kommune ab 16 Jahren gezogen. Jeder Einwohner hat damit die gleiche Chance, an einer Planungszelle teilzunehmen. Dieses Verfahren garantiert eine heterogene Zusammensetzung der Bürgergutachter, die durch alle Altersstufen und soziale Schichten geht und auch beide Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt. Die Auswahl der Teilnehmer spiegelt somit repräsentativ die Zusammensetzung der Bevölkerung wider.

Die Bearbeitung komplexer Themenstellungen erfordert Zeit für die Information, Erörterung und Entscheidungsfindung und verlangt gleichzeitig einen Ablaufrahmen, der ein Ausufern der Diskussion verhindert. Planungszellen benötigen einen Zeitraum von etwa drei bis fünf Tagen; im Regelfall sind vier Tage ausreichend. Diese

vier Tage sind nicht als Aneinanderreihung von Einzelentscheidungen zu sehen, sondern stellen in ihrem Ablauf einen Meinungsbildungsprozess dar, der erst in den letzten Arbeitseinheiten des letzten Tages abgeschlossen ist. Die Resultate einzelner Arbeitseinheiten können als Zwischenergebnisse verstanden werden, die zur näheren Erläuterung einzelner Teile des Endergebnisses dienen können. Vor allem aber erfüllen sie eine methodische Funktion, indem sie den Bürgergutachtern helfen, sich zunächst mit Einzelfragen zu beschäftigen, bevor sie abschließende Empfehlungen formulieren.

Der Arbeitstag einer Planungszelle umfasst acht Stunden. Damit jeder der ausgewählten Bürger die Möglichkeit zur Teilnahme hat, müssen die Bürgergutachter für das Verfahren von ihren Alltagsverpflichtungen freigestellt werden. Damit sind sowohl der Beruf als auch außerberufliche Verpflichtungen wie Kinder- und Krankenbetreuung gemeint. Die in den deutschen Bundesländern jeweils geltenden Arbeitnehmerweiterbildungsgesetze ermöglichen die Beurlaubung mit Gehaltsfortzahlung zum Zweck der persönlichen Weiterbildung. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Volkshochschulen werden daher Planungszellenverfahren als politische Bildungsmaßnahmen registriert, um die Inanspruchnahme dieser Regelung für Berufstätige zu ermöglichen. Freiberuflich Tätige erhalten dagegen ihren Einkommensausfall während ihrer Bürgergutachtertätigkeit ersetzt. Die Kosten für die Betreuung von Kindern oder älteren oder erkrankten Familienmitgliedern der Bürgergutachter werden für die Dauer des Verfahrens ebenfalls vom Durchführungsträger übernommen.

Weiteres wichtiges Merkmal der Planungszelle ist ihr strukturierter Ablauf. Der Durchführungsträger unterteilt die gestellte Aufgabe in einzelne, thematisch spezialisierte Arbeitseinheiten - vier Einheiten pro Tag, also 16 Einheiten in vier Tagen. Jede der Arbeitseinheiten wird in ihrem zeitlichen Ablauf mit exakt bemessenen Zeitabschnitten für die einzelnen Arbeitsschritte strukturiert. Der zeitliche und organisatorische Ablauf der Arbeitseinheiten wird in jeder Planungszelle von zwei Moderatoren gesteuert, die durch einen Tagungsassistenten unterstützt werden. Von Bedeutung für die Güte der Ergebnisse ist die Information der Bürgergutachter. Ihr Alltagsverständnis der zu behandelnden Themen, ihr „gesunder Menschenverstand“, wird während der viertägigen Arbeit durch Sachinformationen ergänzt. Zu Beginn jeder Arbeitseinheit werden die Bürgergutachter von Experten und Interessenvertretern in Form von Impulsreferaten, Hearings oder Ortsbegehungen zu Einzelaspekten des Gesamtzusammenhangs informiert. Im Anschluss haben sie die Möglichkeit der gezielten Nachfrage. Wichtig ist, dass der neutrale Durchführungsträger bei der Programmierung auf eine möglichst kontroverse Zusammensetzung der Experten achtet, so dass die Informationen nicht einseitig sind und alle nötigen Themenfelder berücksichtigt werden.

Kernstück der Methode Planungszelle ist die Kommunikation unter den Bürgergutachtern im Anschluss an die Informationsphase. Die sachbezogene und an einer konkreten Aufgabenstellung orientierte Diskussion

fördert zum einen die Meinungsbildung der Bürgergutachter und setzt zum anderen die gesammelten Informationen in Bezug zu ihren persönlichen Erfahrungen. Um auch diskursiv weniger Geübten die Chance zu geben, ihre Meinung einzubringen, erfolgt diese Diskussion in Kleingruppen von jeweils fünf Personen. Ein Losverfahren sorgt für die wechselnde Zusammensetzung der Kleingruppen von Arbeitseinheit zu Arbeitseinheit und verhindert damit die Bildung von Meinungsführerschaften. Im Gegensatz zur Plenararbeit laufen diese Gespräche ohne Eingriffe der Moderatoren ab. Vorgegeben für die Kleingruppenarbeit sind allein ein konkreter Arbeitsauftrag zum Thema der Arbeitseinheit und der Zeitrahmen. Der dritte Schritt innerhalb einer jeden Arbeitseinheit ist die Präsentation der Ergebnisse der Kleingruppen im Plenum. Die erarbeiteten Lösungsvorschläge werden von den Moderatoren an Flipcharts gesammelt, und im Anschluss durch die Bürgergutachter bewertet. Diese Bewertung kann verschiedene Formen haben: Möglich sind die Vergabe von Noten, die Vergabe von Punkten nach dem Metaplan-Verfahren, das Ausfüllen persönlicher Einzelbewertungsbögen oder auch die Abstimmung im Plenum über vorgeschlagene Alternativen.

Thema der Regensburger Planungszellen ist die Diskussion der künftigen Entwicklung der Stadt und soll die im Entwurf des Stadtentwicklungskonzept 2000 der Stadtverwaltung entwickelten Zielvorstellungen ergänzen, bewerten, konkretisieren und für die politische Entscheidungsfindung im Rat der Stadt vorbereiten. Vier Tage lang arbeiten 200 zufällig aus der Einwohnerkartei ausgewählte Regensburgerinnen und Regensburger in insgesamt 8 Planungszellen (Gruppen mit jeweils 25 Personen) am Thema Stadtentwicklung Regensburg. Der Ablauf folgt einem detailliert festgelegtem Plan. Es werden Informationen durch Experten und Vertreter von Interessensgruppen gegeben. Es werden Ziele für die Stadtentwicklung erarbeitet, Diskussionsforen eröffnet und Stadtbereiche genauer beurteilt. Abschließend werden die in den Planungszellen entwickelten Ziele für die Stadtentwicklung in Beziehung zu den Verwaltungsvorstellungen gesetzt. Entlang einer Zeitleiste sollen Leitprojekte vorgeschlagen und der weitere Diskurs mit der Bürgerschaft entwickelt werden.

Der detaillierte Zeitplan für den Ablauf der Regensburger Planungszelle (siehe auch Anlage!) und weitere Details zum Verfahren sind im Internet unter <http://www.planungszelle-regensburg.de/> abzurufen. Unter dieser Internet-Adresse können sich auch jene Bürger/innen am Verfahren beteiligen, die nicht in einer Planungszelle mitarbeiten. Die Kosten für das Gesamtverfahren belaufen sich auf ca. 430.000 DM, davon ca. 300.000 DM für Honorare.

3. Bürger/innen engagieren sich für die Kommune Der Modellversuch zur Förderung ehrenamtlichen Engagements in bayerischen Kommunen Erfahrungen und Perspektiven Dr. Florian Straus

a. Hintergründe und Grundprinzipien

Hintergrund des Modellversuchs, an dem 13 bayerische Kommunen teilnehmen, ist Debatte um den sinkenden Gemeinsinn. Zu beklagen sei, dass wir es heute mit einer Gesellschaft der „Ichlinge“ zu tun hätten. Die immer wiederkehrende Sorge um den Rückgang des Gemeinsinns ist berechtigt, denn die Bereitschaft, für die Gemeinschaft Dienste zu leisten, ist eine wesentliche Grundlage der Demokratie.

Oft wird vermutet, der allenthalben zu konstatierende „Wertewandel“ in Richtung Selbstverwirklichung sei die Ursache für den sinkenden Gemeinsinn. Untersuchungen zeigen dagegen, dass Wertewandel ist nicht gleichbedeutend mit „Werteverfall“. Denn immerhin 34% der deutschen Bevölkerung (über 14 Jahre) engagieren sich freiwillig und unbezahlt. Ein weiteres Drittel wäre dazu im Prinzip bereit. Es zeigt sich also:

- Selbstverwirklichungswerte befördern die Bereitschaft, sich zu engagieren.
- Es gibt ein (großes) Potenzial im Bereich bürgerschaftlichen Engagements (BE) - schlafende Ressourcen, die es zu mobilisieren gilt.

Ein weiterer Hintergrund der Aktualität des BE ist die Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft. Seit einigen Jahren ist der Trend deutlich geworden, dass wirtschaftliches Wachstum nicht automatisch zu einer Zunahme der Beschäftigung führt. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die „Normalarbeitsverhältnisse“ zurückgehen und die Produktivität durch Rationalisierung gesteigert wird. Die sich aus diesen Trends ergebende Frage ist: Haben wir auf Dauer zuwenig Arbeitsplätze? Und aus dieser Frage hat sich eine Diskussion entwickelt, ob wir der Fixierung auf „entlohnte Arbeit“ nicht etwas anderes entgegen setzen müssen. In dieser Debatte spielen die Überlegungen von Ulrich Beck zur Konzeption der „Bürgerarbeit“ eine wichtige Rolle. Beck plädiert dafür, Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Bürgerarbeit ist „organisierter schöpferischer Ungehorsam“. Sie wird von sechs Grundprinzipien getragen:

- experimentelle Kultur;
- auf der Basis eines freiwilligen sozialen Engagements;
- projektgebunden in kooperativen selbstorganisierten Arbeitsformen;
- Belohnung statt Entlohnung (Bürgergeld für diejenigen, die darauf angewiesen sind);
- in der Initiative eines Gemeinwohlunternehmers durchgeführt;

- durch einen kommunalen Ausschuss legitimiert. Ohne schon jetzt eine endgültige Bewertung des Modellversuchs vornehmen zu wollen, kann festgestellt werden, dass von diesen Grundprinzipien nur einige mehr oder weniger vollständig umgesetzt wurden. Im Modellversuch wurde realisiert: voll - in Teilen - kaum - nicht
- experimentelle Kultur
- auf der Basis eines freiwilligen sozialen Engagements
- projektgebunden in kooperativen selbstorganisierten Arbeitsformen
- Belohnung statt Entlohnung (Bürgergeld für diejenigen, die darauf angewiesen sind)
- in der Initiative eines Gemeinwohlunternehmers durchgeführt
- durch einen kommunalen Ausschuss legitimiert

Unabhängig davon muss festgehalten werden, dass sich bürgerschaftliches Engagement verändert hat. Es ist kurzfristiger, damit auch häufiger an konkreten Projekten orientiert. BE wird bestimmt von einer Mischung aus

- Spaß,
- etwas Selbstverwirklichung
- der Bereitschaft, etwas für andere zu tun.

Wichtig für das BE ist die Alltagssolidarität. BE wird also heute nicht so sehr bestimmt von Politisierung und von nachbarschaftlicher Orientierung.. Dagegen ist die Mittelschichtorientierung des BE eher noch größer geworden als früher.

b. Beispiele aus dem Modellversuch

In Deggendorf und Nürnberg gibt es eine breite Angebotspalette zur Ausschöpfung der „schlafenden Ressourcen“ für BE. In Deggendorf wird z.B. in einem „Tafelprojekt“ Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, gesammelt und an Bedürftige verteilt. Außerdem gibt es einen Besuchsdienst für Krankenhäuser und ein Unterhaltungsprogramm.

In Nürnberg organisiert das „Zentrum aktiver Bürger“ (ZAB) ganz unterschiedliche Angebote:

- stadtgeschichtliche Rundgänge
- Unterhaltungsgruppe
- Gärtnerprojekt
- Naturexkursionen
- TUWAS-Zeitung
- Hausaufgabenhilfe
- betreuter Umgang

- Handwerkergruppe
- Büroteam

Weitere Details im Internet unter www.iskamuernberg.de/zab und in der Anlage.

In Germering vermittelt die „Inselagentur“ Personen für freiwillige Tätigkeiten an Einrichtungen. Die Angebote richten sich auch an „Problemgruppen“. Details zum Modellversuch im Internet unter www.inselagentur.de und in der Anlage.

Details zu den Projekten in München und Hof sind den entsprechenden Selbstdarstellungen im Anhang zu entnehmen.

c. Ergebnisse und Perspektiven

Ohne einer endgültigen Auswertung vorgreifen zu wollen, zeigt der Modellversuch:

- Menschen werden an das BE herangeführt, die vorher noch nicht tätig waren. Die „schlafende Ressourcen“ sind also geweckt worden.
- Der Ansatzpunkt für die Förderung des BE lässt sich (unter bestimmten Bedingungen) nahezu unter jeder Trägerschaft und an jeder Schnittstelle unserer Ge-

sellschaft sinnvoll gestalten. Die Bedingungen zur Förderung müssen stimmen.

- Mit dem BE werden die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe weiterentwickelt.
- Die Umsetzungsprobleme der Idee „Bürgerarbeit“ treten vor allem im Bereich Finanzierung und Entlohnung deutlicher hervor.

Aus diesen – vorläufigen – Ergebnissen lassen sich folgende Perspektiven und Forderungen ableiten:

- BE braucht die Unterstützung durch anerkannte staatliche Förderinstrumente. Dazu gehört z.B. die steuerliche Anerkennung von Spenden (auch von Zeitspenden!). Versicherungsfragen müssen unbürokratisch gelöst werden. Vergünstigungen, Anerkennungen und Erleichterungen für die bürgerschaftlich Engagierten sind notwendig.
- BE braucht aktive Förderung und Förderinstrumente vor Ort.
- BE braucht einen professionellen Rahmen.
- BE muss als Querschnittsaufgabe ernst genommen werden.
- BE braucht Bürgerarbeit, v.a. um die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zu aktivieren.

4. Anhang

Anhang 1: "Bürger helfen Bürgern" – Modellprojekt Bürgerarbeit in Deggendorf (Selbstdarstellung)

- Wir nehmen uns Zeit, um in persönlichen Gesprächen herauszufinden, wo Ihre Stärken und Neigungen liegen
- Wir setzen Sie dementsprechend bei unseren Projekten ein
- Wir berichten in den Medien über Ihre Arbeit, wodurch immer wieder neue Freiwillige gewonnen werden können
- Wir sind offen für alle Ideen, die von Bürgerinnen und Bürger an uns herangetragen werden und die zur Verbesserung der sozialen Strukturen in unserer Stadt beitragen.

Projekt Bürgerarbeit "Bürger helfen Bürgern"

Franz-Josef-Strauß-Str. 5 (Schauffier-Villa)

94469 Deggendorf

Tel. (09 91) 26 60-1 11 (Gabriele Göppel), (09 91) 29 60-2 94 (Brigitte Bauer)

oder (09 91) 29 60-2 95 (Heidi Löhnert),

email gabriele.goepfel@deggendorf.de

Was Sie tun können :

Bürgerarbeit bietet viele ehrenamtliche und gemeinnützige Betätigungsmöglichkeiten in und für Deggendorf:

- Besuchsdienst in den Altenheimen
- Museumspädagogischer Dienst
- Unterstützung der Stadtarchäologie/Archiv
- Jährliche Säuberungsaktion (Rama dama) von Spazier- und Wanderwegen, Fluss- und Bachläufen
- Deutsch-Unterricht für Asylbewerber
- Reparaturdienst in Kindergärten
- Altenheim-Kulturprogramm
- Musikalischer Seniorennachmittag

Was Sie davon haben

- Neue Kontakte
- Sinn gebendes Aufgabenfeld
- Zufriedenheit und Freude
- Die Möglichkeit, eigene Ideen zu verwirklichen

Wir können Sie nicht entlohnen, wohl aber belohnen

- mit regelmäßigen Kaffee-Einladungen, bei dem der Erfahrungsaustausch untereinander gepflegt wird, Einladungen zu städtischen Veranstaltungen, sommerliches Grillfest, Weihnachtsfeier;
- mit Fortbildungen in Ihrem Einsatzbereich - sofern Sie das möchten;
- mit einem qualifizierten Zeugnis, das hilfreich bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche sein kann;
- mit der Erstattung von Fahrtkosten bei größeren Entfernungen.

Selbstverständlich sind Sie bei der Ausübung Ihrer Tätigkeit unfall- und haftpflichtversichert. Arbeitslosen- oder Sozialhilfe beziehenden Bürgern eröffnen sich durch das Projekt "Bürgerarbeit" neue Chancen. Durch Qualifizierung beim Einsatz und der Erweiterung menschlicher Kontakte wird die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert. Übrigens: auch die Arbeitsämter vermerken es positiv, wenn sich ihre Kunden bürgerschaftlich engagieren.

Was wir noch alles vorhaben

- Tafelprojekt
Voraussichtlich Ende Februar 2001 können wir mit der praktischen Arbeit der "Tafel Deggendorf" beginnen, da dann alle Voraussetzungen – geeignete Räumlichkeiten, Firmen, die Lebensmittel spenden sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer – erfüllt sind.
- Die Jahreszeiten erleben – Naturexkursionen für gehbehinderte BürgerInnen
In Zusammenarbeit mit dem städtischen Verkehrsamt, dem Bund Naturschutz, dem Waldverein und interessierten Institutionen wollen wir ein entsprechendes Programm zusammenstellen.
- Spezielle Stadtführungen für behinderte Menschen bzw. Kinder
Behinderte Menschen sind von vielen Möglichkeiten, die gesunden Menschen offen stehen, ausgeschlossen. Wir möchten in Zusammenarbeit mit dem städtischen Verkehrsamt auch behinderten Touristen bzw. Urlaubern die Möglichkeit bieten, unsere Stadt zu besichtigen. Ein behindertengerechtes Stadtbesichtigungs-Programm kann vermutlich in den Osterferien 2001 erstmals angeboten werden.
- Lesebereitschaft der Jugendlichen fördern
Durch die zunehmenden modernen Kommunikationsmittel (Fernsehen, Internet, Handy usw.) nimmt leider die Freude der Kinder und Jugendlichen am Lesen ab. Dieser Tendenz würden wir gerne entgegen wirken. Deshalb suchen wir jemanden, der selbst viel Freude am Lesen hat und über eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Stadtbibliothek und den Schulen die Lese-Freudigkeit des Nachwuchses fördert bzw. wieder erweckt.

Anhang 2: „Inselagentur Germering“ (Selbstdarstellung)

Die InselAgentur des Modellprojektes Bürgerarbeit in Germering bietet folgende Dienste an:

- Persönliche Beratung und Vermittlung von Bürgerinnen und Bürgern in freiwillige und gemeinnützige Tätigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema bürgerschaftliches Engagement in Kooperation mit den Trägern des bürgerschaftlichen Engagements in Germeringer Insel
- Beratung und Begleitung von Bürgerinnen und Bürgern, die neue Ideen verwirklichen wollen oder bestehende Strukturen bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickeln wollen.

InselAgentur

Planegger Str. 9

82110 Germering

Tel: (0 89) 84 00 64 33, Telefax (0 89) 8 40 49 20,

email Buergerarbeit-Germering@t-online.de,

homepage www.inselagentur.de

Was wir wollen: vermitteln - informieren - fördern

Germering ist eine aktive und innovative Stadt, in der sich viele Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Gruppen und Initiativen engagieren. Dies trägt entscheidend zur Lebensqualität des Wohnortes bei. Die InselAgentur will das freiwillige bürgerschaftliche Engagement in Germering weiter fördern. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich in der InselAgentur über die verschiedenen Tätigkeitsfelder, über ihre Möglichkeiten und Chancen informieren. Durch persönliche und individuelle Beratung und Vermittlung können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Angebot in Germering das auswählen, was in ihrem Sinne ist.

Was Sie tun können

Die InselAgentur vermittelt Ehrenamtliche an eine Vielzahl sozialer Einrichtungen und Projekte. Die Tätigkeiten reichen dabei von handwerklicher Arbeit mit Kindern auf einem Abenteuerspielplatz über Buchhaltungsarbeiten, Leitung bzw. Mitarbeit im Seniorenclub, Hausaufgabenhilfe für Asylbewerber-Kinder, Leitung einer Internet-Galerie bis zu Übungsleitertätigkeiten. Ein Katalog aller ehrenamtlichen und gemeinnützigen Betätigungsmöglichkeiten in Germering ist im Internet abrufbar unter www.inselagentur.de.

Was Sie davon haben: Bürgerarbeit in Germering – da springt was für Sie raus!

- Viele Organisationen bieten Ihnen etwas für Ihr Engagement, sei es die kostenlose Nutzung von Freizeitangeboten, Fort- und Weiterbildungen, Tätigkeitsnachweise, Geselligkeit, Mitbestimmungsrechte, Auslagerenstatung, Versicherungsschutz, interessante Kontakte und Veranstaltungen, etc.
- Bürgerarbeit heißt nicht immer unentgeltliches Arbeiten. Viele Dienste können auch finanziell honoriert werden. Wenn Sie sich also einen finanziellen Zuverdienst als Entschädigung für Ihre freiwillige Bürgerarbeit wünschen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Das Einkommensteuergesetz stellt die jährliche Summe von 3600 DM steuer- und sozialversicherungspflichtfrei für gemeinnützige Tätigkeiten.
- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger, die arbeitslos sind, bzw. Sozialhilfe beziehen, ermuntern, die Chancen der freiwilligen Bürgerarbeit wahrzunehmen. Auch hier ist in Absprache mit den Ämtern ein Zuverdienst möglich.

Auch was Spaß macht, kann qualifizieren!

Oftmals denkt man gerade im Bereich Ehrenamt und freiwilliger Arbeit nicht an den Nutzen für das persönliche Fortkommen. Spaß soll die Arbeit machen und sie soll erfüllen! Aber auch Arbeitgeber haben mittlerweile erkannt: gerade durch gemeinnützige und ehrenamtliche Tätigkeiten erwerben Menschen wichtige Qualifikationen, die sogenannten Schlüsselqualifikationen. Initiative und Kommunikationsfähigkeiten, Flexibilität und Begeisterungsfähigkeit und vieles mehr gehören zu diesen Qualifikationen, die auch im Berufsleben immer wichtiger werden. Darum ist es uns wichtig, dass Freiwillige für ihr Engagement Nachweise erhalten, die ihnen bei der Ausbildungsplatz- oder Arbeitsplatzsuche behilflich sein können.

Anhang 3: Bürger werden aktiv - Modellversuch Bürgerarbeit, Hof (Selbstdarstellung)

Im Rahmen des Modellversuches Bürgerarbeit werden in der Stadt Hof Projekte verfolgt, die einen nachhaltigen Nutzen für Umwelt und Natur besitzen und eine direkte Wirkung für die beteiligten Personen und die Öffentlichkeit besitzen. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich an diesem Projekt beteiligen, sollen die Chancen für ehrenamtliches Engagement erkennen und ihre Kompetenzen in ein gemeinsames Projekt einbringen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Bürger als Experte für sein Lebensumfeld anerkannt wird.

Bürger werden aktiv

Umwelt- und Ordnungsamt, Herr Funke
Postfach 1665
95015 Hof
Tel. (0 92 81) 8 15-4 40 (vormittags)
email thomas.funke@stadt-hof.de

Was wir wollen

Mit dem Projekt zur aktiven Bürgerarbeit soll die Umweltsituation in der Stadt Hof nachhaltig verbessert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen dabei ihre vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten einbringen, um Veränderungen und Verbesserungen herbeiführen zu können. Durch eine neue Form der kooperativen Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgern sollen gleichzeitig die Projektziele schneller realisiert und die Informationswege verbessert werden. Diese Kooperation trägt auch zu einer besseren Akzeptanz der Umweltprojekte in der Bevölkerung bei.

Was wir machen

Im Rahmen des Hofer Modellversuches finden momentan regelmäßige und kontinuierliche Aktivitäten der Hofer Bachpaten, der Hof Zooschule zum Thema Umwelterziehung und das Projekt Wohnhof im Rahmen einer Innenstadt-kampagne von Ehrenamtlichen statt. Weiterer Schwerpunkt ist aktuell die Bewerbung des Wettbewerbes "Hof blüht auf" und die Gewinnung von privaten und gewerblichen Teilnehmern durch eine Projektgruppe. Als Ergänzung zum erfolgreichen Patenprojekt für Bäche und Spielplätze werden ab dem Frühjahr Baumpaten im Bahnhofsviertel ihre Arbeit aufnehmen.

➤ **Bachpaten**

Die Bachpaten haben auf freiwilliger Basis die Betreuung eines Gewässerabschnittes in der Stadt Hof übernommen. Vereine und Organisationen fungieren als Bachpaten und pflegen, betreuen und kontrollieren die Gewässer. Durch verschiedene Formen der Zusammenarbeit z.B. mit Schulen wird die Thematik Schutz und Erhalt von Gewässern einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht. Die Paten sind die ersten Ansprechpartner für die Verwaltung und Politik, wenn es um die jeweiligen Bereiche geht.

Was Sie davon haben

Durch die verschiedenen Projekte erfährt die Stadt eine nicht unerhebliche Aufwertung und das Identitätsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Stadt wird gefördert. Bürgerinnen und Bürger die sich an diesem Projekt beteiligen helfen aktiv mit, die Stadt zu verschönern und tun etwas für die Allgemeinheit.

Was gibt es Neues

- Renaturierung
Die Renaturierung des Krebsbaches wird weiterfortgeführt. Mit der Fertigstellung des ersten Bauabschnittes im Frühjahr 2001 wird das erste große Projekt der aktiven Bürgerarbeit teilweise fertiggestellt. Nach Beendigung der Umbaumaßnahmen geht es darum, wie dieser Bereich in ein Konzept zur dauerhaften Öffentlichkeitsarbeit eingebunden werden kann.
- Wohnhof
Das Projekt Wohnhof, zur Umgestaltung von innerstädtischen Höfen, wird im Jahr 2001 erstmals prämiert und damit einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht. Mit diesem Projekt soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten innerstädtischen Wohnens, Lebens und Arbeiten gegeben sind.
- Baumpatenschaften
In Hof existieren seit vielen Jahren Spielplatzpatenschaften. Einzelpersonen, Vereinigungen oder Institutionen übernehmen dabei eine begleitende Funktion bei der Betreuung, Ausgestaltung und Fortentwicklung der Anlagen. In diesem Jahr ist vorgesehen, dass diese Aktion durch Baumpatenschaften ergänzt wird. Die Baumpaten übernehmen dabei leichte Betreuungsarbeiten für einen Straßenbaum. Ziel ist, dass das Stadtklima und Stadtbild verbessert werden und der Schutz der Bäume stärker in das öffentliche Bewusstsein getragen wird.
- Fischereilehrpfad
Bis zum Sommer soll ein Fischereilehrpfad an der Saale errichtet werden, der auch die verschiedenen Aktivitäten der Bürger vorstellt. In Eigenleistung wird dieser Pfad aufgestellt und im Vorfeld gemeinsam mit verschiedenen Organisationen und Institutionen entwickelt und erarbeitet
- Hof blüht auf
Die Stadt Hof nimmt am ersten Bundeswettbewerb "Unsere Stadt blüht auf" im Jahr 2001 teil. Mit diesem Wettbewerb soll das Erscheinungsbild der Städte verbessert und das Bürgerengagement gefördert werden.
- Internationale Jahr des Freiwilligen 2001
Für das Jahr 2001 sind verschiedene übergreifende Veranstaltungen gemeinsam erarbeitet und terminiert worden. Eine Reihe weiterer Veranstaltungen werden über die einzelnen Projekte direkt abgewickelt.

Anhang 4: Zusammen aktiv in Neuperlach (Selbstdarstellung)

Der seit 1989 bestehende Verein für Gemeinwesenarbeit und Stadtteilgestaltung e.V. Zusammen aktiv in Neuperlach (ZAK) beteiligt sich mit verschiedenen Projekten am Modellversuch Bürgerarbeit des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Sozialordnung, Frauen und Gesundheit.

- "Inline-Cafe", ein Projekt mit älteren Kindern und Jugendlichen
- "ZAK-Rollis"
- Gartenprojekt mit Jugendlichen
- Ausbau des Regenhauses als Projekt mit Kindern und Jugendlichen
- Radlwerkstatt mit Jugendlichen

In den verschiedenen Teilprojekten sind Bewohner/innen aller Altersstufen (einschließlich der Kinder und Jugendlichen), unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft beteiligt.

ZAK Zusammen aktiv in Neuperlach"

Verein für Gemeinwesenarbeit und Stadtteilgestaltung e.V.
Stadtteilbüro Adenauerring 12
81737 München
Tel./Fax (0 89) 6 70 98 40

Was wir wollen

Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des Projektes hat das Ziel, durch gemeinschaftliches Handeln und solidarisches Verhalten, Gemeinschaftssinn und Mitverantwortung innerhalb des Wohnumfeldes zu fördern. Dabei steht es in keinem Zusammenhang mit einer Förderung von oder zur Erwerbsarbeit.

Wir wollen vor allem ...

- die Lebenssituation und die sozialen Beziehungen im Stadtteil verbessern.
- Bewohner/innen zu eigenverantwortlichem und kreativem Handeln motivieren.
- Bewohner/innen anregen und unterstützen, Probleme des Wohnbereichs in Selbsthilfe, gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit zu lösen.

Was wir machen/ was Sie tun können

- Projekt "Inline-Café"
Der Café-Pavillon wird zusammen mit älteren Kindern und Jugendlichen aus dem unmittelbaren Wohnumfeld betrieben. Die Kinder und Jugendlichen können eigene Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen. Dabei sollen ihre individuellen Fähigkeiten gefördert und ihr Handlungsspielraum erweitert werden. Da einige Jugendliche den Sport Inline-skating ausüben, entstand die Idee, die Cafébesucher durch "rollende Kellner" zu bedienen.

- ZAK-Rollis
Die Selbsthilfegruppe "ZAK-Rollis" haben den Cafépavillon mit einer rollstuhlgerechten Rampe ausgestattet, so dass das Café nun auch als Treffpunkt für behinderte und nichtbehinderte Menschen zur Verfügung steht. Im letzte Sommer haben die ZAK-Rollis zusammen mit den Jugendlichen des Inline-Cafés einen Infostand im Rahmen einer Veranstaltung vorbereitet.

Was Sie davon haben

Die Kinder und Jugendlichen, die sich an dem Projekt "Inline-Café" beteiligen erhalten während der Öffnungszeiten kostenlos Speisen und Getränke. Vom Erlös aus dem Cafébetrieb werden Ausflüge unternommen, ins Kino gegangen oder Feste gefeiert (z.B. Sommerabschlussfest). Ein Höhepunkt war eine dreitägige Freizeit. Hier konnten die Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit den Mitarbeitern des Stadtteilbüros abenteuerliche Tage verbringen. Auch für die anderen Ehrenamtlichen und den ZAK-Rollis werden Grillfeste o.ä. organisiert.

Perspektiven

- Projekt Regenspielhaus
Nach langen Planungen wird im Frühjahr 2001 mit dem Bau eines Regenspielhauses begonnen. Aus sicherheitstechnischen Gründen wurde die Grundkonstruktion von einer Firma errichtet. Ein handwerklich ausgebildeter Pädagoge stellt in einem Projekt mit Unterstützung ehrenamtlicher Helfer gemeinsam mit älteren Kindern und Jugendlichen das Regenspielhaus fertig.
- Projekt Radlwerkstatt
Die Radlwerkstatt soll von einem Betreuer mit guten Kenntnissen im Fahrrad reparieren zusammen mit einer Gruppe älterer Jugendlicher aufgebaut werden. Die Jugendlichen sollen zunächst selbst lernen, Fahrräder zu reparieren, um dann gegen eine geringe Gebühr den Bewohnern der Umgebung einen Fahrradreparaturdienst anzubieten. Die erwirtschafteten Einnahmen können die Jugendlichen für gemeinsame Ausflüge oder gemeinsame Anschaffungen verwenden. Das Projekt kann aus räumlichen Kapazitäten erst in der wärmeren Jahreszeit beginnen.

Anhang 5: Zentrum Aktiver Bürger, Nürnberg (Selbstdarstellung)

Das Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) ist eine Anlaufstelle für Menschen in der nachberuflichen Lebensphase bzw. nach der Familienpause, die sich im kulturellen, ökologischen oder sozialen Bereich für die Gesellschaft engagieren möchten. Im Vergleich zu reinen Vermittlungsagenturen arbeitet das Zentrum Aktiver Bürger als Projektentwickler des bürgerschaftlichen Engagements. Mittlerweile sind etwa 100 Ehrenamtliche regelmäßig in unserer Einrichtung aktiv und erbringen über 1.400 Stunden monatlich für gemeinnützige Zwecke. Immer wieder kommen neue Ideen und Projekte hinzu. Die erfahrene Begleitung und Kooperation mit professionellen Partnern bietet den Raum, eigenständig Ideen und Möglichkeiten zu verwirklichen.

Zentrum Aktiver Bürger

Gostenhofer Hauptstr. 63
90443 Nürnberg
Tel. (09 11) 9 29 71 70, Fax (09 11) 92 97 17 29
email zab@iska-nuernberg.de
homepage www.iska-nuernberg.de/zab

Was wir wollen

Wir entwickeln mit den Interessenten gemeinsame Einsatzfelder des bürgerschaftlichen Engagements, verstehen uns also nicht als reiner Vermittler oder als Agentur, sondern gehen von der Beobachtung aus, dass viele Aktivitätsfelder von Ehrenamtlichen selbst neu gestaltet werden müssen. Diese Einsatzfelder werden im Verbund mit professionellen Kooperationspartnern, die eine qualifizierte Begleitung der Ehrenamtlichen sicherstellen, entwickelt. Damit soll auch die Fortbildung als Gratifikationsmoment des Ehrenamtes gestärkt werden.

Das ZAB versteht sich als Anlaufstelle vieler Menschen, die in der nachberuflichen Phase oder nach der Familienpause Orientierungen und sinnvolle Tätigkeiten suchen. Gerade in Regionen wie Nürnberg, die in den letzten Jahren von vielen Stellenstreichungen und Arbeitsplatzverlusten nicht verschont blieben, ist diese Funktion besonders wichtig.

Was wir machen / Was Sie tun können

Mittlerweile arbeiten Ehrenamtliche an über zehn Projekten unter dem Dach des ZAB:

- Projekte aktiv für Kinder:
 - Gärtnern mit Kindern
 - Hausaufgabenbetreuung für sozial benachteiligte Kinder
 - Märchenstunde in der Kindertagesstätte
- Projekte aktiv für Ältere:
 - Naturexkursionen für in ihrer Beweglichkeit eingeschränkte Senioren
 - Vermittlung von Unterhaltungskünstlern an Einrichtungen der Altenarbeit

- Hochbeetanlage für ein Seniorenheim
- Gärtnern mit Senioren
- Projekte aktiv für Alle:
 - Handwerken für soziale und kulturelle Einrichtungen
 - Stadtteilgeschichte erforschen, ausstellen und dokumentieren
 - Bücherdienst für Patienten im Nürnberger Klinikum
- Projekte aktiv fürs ZAB:
 - "TUWAS" - die Zeitung zum Ehrenamt
 - Büroteam für alle Informations- und Organisationsarbeiten

Was Sie davon haben

Außerdem bieten wir:

- Haftpflicht- und Unfallversicherung für alle Ehrenamtlichen
- Unkomplizierte Fahrgelderstattung und Aufwandsentschädigung
- Fortbildungen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit
- Gesellige Anlässe und Ausflüge zum gegenseitigen Kennenlernen
- Anerkennung und Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit

Was gibt es Neues

- Projekt "Betreuter Umgang"
Begleitung von Trennungskindern beim Besuch des getrennt lebenden Elternteils

Perspektiven / Was wir noch alles vorhaben

- Vielfältige Einsatzfelder im Kindermuseum:
 - Betreuung der Aufzuchtstation der geplanten Umwelterlebnisstation
 - Instandhaltung von stark beanspruchten historischen Arbeitsgeräten
 - Mitarbeit bei Führungen oder Workshops
- Nürnberger Bürgerstiftung:
 - Mobilisierung gemeinnützigen Engagements über lokale Zugehörigkeit und Identifikation.
- Projekt D:A:S. – Die andere Seite:
 - Führungskräfte und Führungsnachwuchs aus Nürnberger Wirtschaftsunternehmen werden in ehrenamtliche Engagementfelder vermittelt, z.B. bei der Drogen- und Obdachlosenhilfe.

Anhang 6: Referenzliste für konsensorientierte Planungsverfahren

Citycom, Allacher Str. 130, 80997 München

Schnell * Partner GmbH, Leopoldstr. 109, 80802 München

Planungsgruppe 504, Frohschammerstr. 4, 80807 München

Die Umweltschutzakademie, Münchner Str. 20, 82234 Weßling

Ökologische Akademie e.V., Baiernrainer Weg 17, Linden

Schäuble Institut für Sozialforschung, Ickstattstr. 5, 80469 München

Seipel, Fulgraff & Partner, Reuterstr. 233, 53113 Bonn

Henn – Architekten und Ingenieure, Augustenstr. 54, 80333 München

Bergische Universität Wuppertal, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren, Prof. Dr. Dienel, Gaußstr. 20, 42097 Wuppertal

Dr. Bernd L. von Bismarck, Gachenauerstr. 40, 82211 Herrsching

Reinhard Sellnow, Kobergerstr. 56, 90408 Nürnberg

Jens Stachowitz, Liebigstr. 40, 44139 Dortmund

Dr. Thomas Held, Stockerstr. 50, CH-8002 Zürich

Juliane Krause, plan & rat – Büro für kommunale Planung und Beratung, Georg-Westermann-Allee 23a, 38104 Braunschweig

5. Links und Adressen

Modellversuch Bürgerarbeit und Selbstdarstellungen der bayerischen Modellprojekte: <http://www.wir-fuer-uns.bayern.de/>

Wichtige Grundlagendokumente als Download-Angebot: http://www.wir-fuer-uns.bayern.de/modellprojekte/index_dok.htm

Institut für Praxisforschung und Projektberatung: <http://www.ipp-muenchen.de/>

Forschungsprojekt „Bürgerkommune“ an der Fern-Uni Hagen: <http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.htm>

Regensburger Planungszellen zum Stadtentwicklungsplan: <http://www.planungszelle-regensburg.de/>

Zentrum Aktiver Bürger, Nürnberg: www.iska-nuernberg.de/zab

Inselagentur, Germering: www.inselagentur.de

Website zum Modellversuch zur Förderung ehrenamtlichen Engagements in Baden-Württemberg: <http://www.buergerengagement.de/index1.htm>

Begleitforschung zum Modellversuch in Baden-Württemberg: <http://www.efh-freiburg.de/be/>

ISAB-Institut: <http://www.isab-institut.de/>

Umfangreiche Link-Sammlung zu Themen des bürgerschaftlichen Engagements: <http://www.arbeit-buerger-zukunft.de/html/links.html>

Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zur "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements": <http://www.bundestag.de/gremien/enga/index.html>

Ehrenamtskampagne der Hessischen Landesregierung: www.gemeinsam-aktiv.de

Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt Saarland e.V.: www.pro-ehrenamt.de

Verein Pro Ehrenamt e.V. in Thüringen: www.pro-ehrenamt-thueringen.de

Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und Bürgerengagement: www.wir-tun-was.de

Internetmagazin www.freiwilligen-kultur.de

Kampagne des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Slogan "Was ich kann ist unbezahlbar" zum Internationalen Jahr der Freiwilligen: www.ijf2001.de

Institut für Soziale Infrastruktur: www.isis-sozialforschung.de/projekte.htm

Ansprechpartnerin für den Modellversuch im Ministerium: Susanna Schüssler, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Winzererstraße 9, 80797 München, Fon: 089/1261-01, Fax: 089/1261-1122, Internet: <http://www.sozialministerium.bayern.de/sozialpolitik/buergerarbeit/modellversuche.htm>

6. Literaturhinweise

Apel, Heino u.a.: Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch, Stiftung Mitarbeit, Bonn 1998

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich in Bayern. Grundsätzliches, Einsatzfelder und staatliche Förderung, München 1993

Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main 2000

Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt am Main: Campus (Expo 2000 Hannover) 1999

Biesecker, Adelheid: »Welche Zukunft? Neun Thesen zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, in: Zukünfte, Heft 34, 2001, S. 65f.

Bock, Teresa: »Ehrenamt – Definition, historische Entwicklung und Perspektiven«, in: Akademie für Politische Bildung Tutzing: Ehrenamt – Krise oder Formenwandel? Tagungsdokumentation, Tutzing 1994, S. 3-20

- Bock, Teresa: »Ressourcen ehrenamtlicher Tätigkeit zur Erfüllung von Hilfeerwartungen«, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 19/88, S. 292-317
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars: Die Neugestaltung des kommunalen Kräfterdreiecks – Zur Konzeption der Bürgerkommune; in: VOP 4/ 2001
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars: Kommunale Verwaltungsmodernisierung und bürgerschaftliches Engagement; in: Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen 1999
- Braun, Joachim/Abt, Hans Günter/Bischoff Stefan: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe, Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer Verlag (ISAB-Schriftenreihe, Bd. 68) 2000
- Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwillig! Magazin zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, Frankfurt am Main: Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. – Band 1. Rosenblatt, Bernhard von: Gesamtbericht, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.1, Kohlhammer 2000
- Band 2. Braun, Joachim/ Klages, Helmut: Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.2, Kohlhammer 2000
- Band 3. Picot, Sibylle: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.3, Kohlhammer 2000
- Dettling, Warnfried: »Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive. Neue Chancen für das Ehrenamt«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, 2000, S. 8-14
- Dettling, Warnfried: Ehrenamt in der Bürgergesellschaft. Ein neues Leitbild für freiwilliges soziales Engagement, eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung 2000
- Dettling, Warnfried: Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle, München: Kindler Verlag 1998
- Deutscher Bundesrat: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. Beschluss Bundesrat Drucksache 316/00 vom 16.02.2001 (vgl. Gesetzesantrag Bayern; Baden-Württemberg; Hessen; Saarland; Sachsen; Thüringen Drucksache 316/00 vom 30.05.2000), Berlin 2001
- Diewald, Martin: Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung - Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken, Berlin 1991
- Evers, Adalbert: »Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt«, in: Blanke, Bernhard/Evers, Adalbert/ Wollmann, Hans (Hrsg.): Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik, Opladen 1986, S. 15-50
- Gabriel, Oscar W.: Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellung zur Demokratie im vereinigten Deutschland; in: Zeitschrift für Politikwissenschaften 3/1999, S. 827-861
- Glück, Alois/Holger Magel: Neue Wege in der Kommunalpolitik. Durch eine neue Bürger-und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, München 2000
- Glück, Alois: Verantwortung übernehmen. Mit der Aktiven Bürgergesellschaft wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher. Stuttgart/München: Deutsche-Verlagsanstalt 2001 (2.Auflage)
- Groß, Torsten u.a.: Das Zentrum Aktiver Bürger. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren Modelllaufzeit, Nürnberg: Zentrum Aktiver Bürger 2000
- Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich 2000
- Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die »Kommission für Zukunftsfragen« der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bochum und München, Dezember 1997

- Holtkamp, Lars/Stach, Birgit: Friede, Freude, Eierkuchen? Mediationsverfahren in der Umweltpolitik, Marburg 1995
- Holtkamp, Lars: Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden – Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2000a
- Holtkamp, Lars: Kommunale Haushaltspolitik in NRW. Haushaltslage – Konsolidierungspotentiale - Sparstrategien, Diss., Opladen 2000b
- Igl, Gerhard: Rechtsfragen des freiwilligen sozialen Engagements. Rahmenbedingungen und Handlungsbedarf, Stuttgart/Berlin/Köln 1996
- Janning, Heinz / Bartjes, Heinz: Ehrenamt und Wirtschaft. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements der Wirtschaft, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung (Beiträge zum Ehrenamt, 2) 2000
- Jansen, Dorothea: Mediationsverfahren in der Umweltpolitik; in: Politische Vierteljahresschrift 2/1997, S. 274-297
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden, München: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. 2000
- KGSt: Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis - Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente, Köln 1999
- Kielmansegg, Peter u.a.: Wieviel Bürgerbeteiligung im Parteienstaat? Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000 (download aus dem Internet, www.kas.de)
- Klages, Helmut: »Do it yourself-Demokratie. Hat bürgerschaftliches Engagement als »Demokratie der Zukunft« noch eine Chance?«, in: Zukünfte, Heft 34, 2001, S. 27-30
- Klages, Helmut: Häutungen der Demokratie, Zürich 1993
- Klie, Thomas u.a.: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg - zweiter wissenschaftlicher Jahresbericht, Sozialministerium Baden-Württemberg, Reihe „Bürgerschaftliches Engagement“, Band 15, Stuttgart 1998
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997
- Lackner, Stefanie: Willensbildungsprozess im Rahmen von Bürgerentscheiden; in: Schiller, Theo (Hrsg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis, Frankfurt 1999, S. 69-113
- Möckli, Silvano: Direkte Demokratie - ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und in Kalifornien, Bern 1994
- Modellversuch Bürgerarbeit, Newsletter Nr. 1/2001
- Modellversuch Bürgerarbeit, Newsletter Nr. 2/2001
- Müller, Siegfried/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim: Juventa Verlag 1992
- Notz, Gisela: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – eine Antwort auf die Krise?, Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher 1998
- Ohlemacher, Thomas: Planungszellen und Stadtteilvertretungen - Über das Schicksal zweier Versuche, politische Beteiligung zu steigern; in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Modelle und Wege der lokalen Bürgerbeteiligung, Bonn 1991, S. 52-70
- Oppen, Maria: Der Bürger und Kunde als ProMotor im Modernisierungsprozess; in: Naschold, Frieder u.a. (Hrsg.): Innovative Kommunen - Internationale Trends und deutsche Erfahrungen, Stuttgart 1997, S. 231-268
- Prittitz, Volker von: Politikanalyse, Opladen 1994
- Reinert, Adrian/Sinning, Heidi: Mobilisierung der Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger - Das Bürgergutachten Üstra zum öffentlichen Nahverkehr in Hannover; in: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort, Bonn 1997, S. 143 -152
- Reinert, Adrian: »Bürgergesellschaft als Prozess. Wege der Engagementförderung«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, 2000, S. 58-63

- Röbke, Thomas: »Ehrenamt im Generationenwechsel«, in: Deutscher Kulturrat (Hrsg.): Ehrenamt in der Kultur. Stand und Perspektiven ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich, Bonn 1996, S. 297-310
- Röbke, Thomas: Bürgerarbeit und die Frage der Einbeziehung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, o.O. o.J. (<http://www.wir-fuer-uns.bayern.de/modellprojekte/aloinba.pdf>)
- Rüth, Stephanie: »Ehrenamt und Freiwilligenengagement in der Diskussion«, in: Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung, Düsseldorf: Raabe Verlag 1998, S. 327-347
- Schneider, Herbert: Stadtentwicklungspolitik und lokale Demokratie in vier Großstädten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17/1997, S. 20-29
- Schulenburg, Klaus: Der Übergang zur neuen Kommunalverfassung - Implementation und erste Konsequenzen; in: Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung 4/1999, S. 126-132
- Sennett, Richard: Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2000
- Sozialministerium Baden-Württemberg, Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg, Stuttgart: Sozialministerium Baden-Württemberg 2000
- Stiftung Bürger für Bürger/Deutsches Forum für freiwilliges Engagement und Ehrenamt (Hrsg.): Vielfalt oder Verwirrung? Zur Begrifflichkeit des Ehrenamtes (Podiumsdiskussion), Berlin
- Wagner, Bernd (Hrsg.): Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes, Bonn / Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e.V. /Klartext (Dokumentationen, 55) 2000
- Wendt, Wolf Rainer u. a.: Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen, Freiburg: Lambertus Verlag 1996
- Windhoff-Heritier, Adrienne/Gabriel, Oscar: Politische Partizipation an der kommunalen Planung; in: Gabriel, Oscar (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München 1983, S. 126-155
- Zimmer, Annette / Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Tradition und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich (Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor, 1) 2000

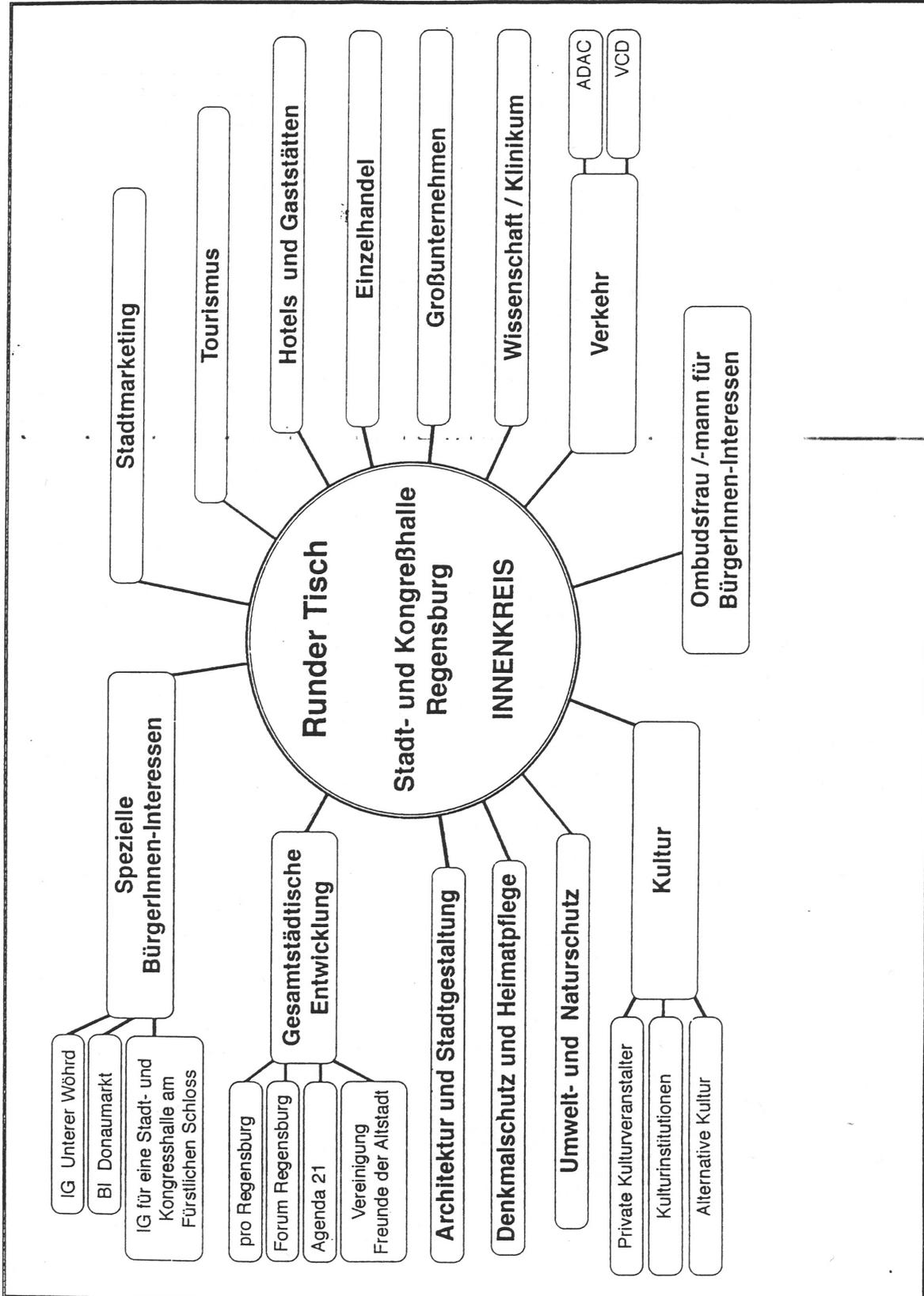
7. Referenten

Dr. Lars Holtkamp, Politologe, Forschungsprojekt Bürgerkommune, Fernuniversität Hagen, Feithstr. 140, 58084 Hagen, Fon: 02309/3463 (p), 02331/987-4633 (d), Fax: 02331/987-4845, E-mail: lars.holtkamp@FernUni-Hagen.de

Dr. Florian Straus, Soziologe, Institut für Praxisforschung und Projektberatung, Ringseisstr. 8, 80337 München, Fon: 089/5435977-5, Fax: 089/5435977-9, E-mail: straus@ipp-muenchen.de

Hans-Joachim Pfeiff, Dipl.-Ing., Bauoberrat, Amt für Wirtschaftsförderung Regensburg, D.-Martin-Luther-Str. 1, 93047 Regensburg, Fon: 0941/507-2850, Fax: 0941/507-2859, E-mail: wirtschaftsforderung@regensburg.de

Abb. 2: Zusammensetzung des Runden Tisches Stadt- und Kongresshalle Regensburg. Stand 30.6.2000 (beschlossen am 1. Runden Tisch)



Schema Planungszellenläufe

	1. Tag	2. Tag	3. Tag	4. Tag
AE 1	Einführung 30 Min. Leben in Regensburg Fragebogen Selbstbildstudie Wirtschaftsgeographen Eigen- und Fremdbild	Forderungen an Regensburg Kultur Bildung Urbanität	Reflexion Reihenfolge Fragebogen- aspekte	Rundfahrt Stadtbereich Information und Interessen aus dem Stadtbereich
AE 2	Positionen der Stadtentwicklungsplanung	Forderungen an Regensburg Handel Industrie Dienstleistungen	Entwicklung Leitziele anhand Kategorien SEP Fragen an die Politik	Konkretisierungen der Leitziele im Stadtbereich
AE 3	Rundfahrt Gesamtstadt Struktur Regensburg Stadtplanarbeit	Forderungen an Regensburg Mobilität Verkehr Naturschutz (plus Kreis)	Hearing Politik	Bewertung SEP konkret
AE4	Entwicklungstrends Wirtschaft Demographie etc.	Finanzen Land Stadt	SEP - Leitprojekte Arbeit Freizeit Wohnen	Wie soll es weitergehen? Bürgerdialog, Umsetzungs- gruppe etc. Zeitschiene Verfahrensbewertung